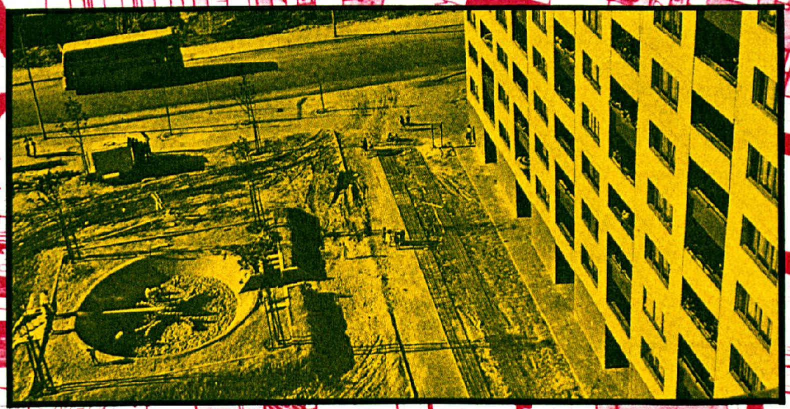
- Norddeutschland - 2 Sozialarbeiter suchen Stelle in Jugendzentrum. GWA-Projekt, Teestube, Beratungsstelle o.ä. ab September 1975. Chiffre 5/31
- 2 Diplom-Sozialpädagogen suchen Arbeitsstellen möglichst im norddeutschen Raum in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Praktische Erfahrungen sind vorhanden. Klaus Nordsiek, 28 Bremen, Beim steinernen Kreuz 5
- 2 Sozialarbeiterinnen suchen interessante Tätigkeit möglichst im Bereich der Jugend- und Erwachsenenarbeit, Gemeinwesenarbeit. Bevorzugt Raum Heidelberg/Mannheim. 2jährige Erfahrungen (während des Studiums) in der Obdachlosenarbeit. Margot Moll, 69 Heidelberg, Werderstr. 8, Tel. o6221/472144
- Suche Stelle als Sozialarbeiter in einer Wohngemeinschaft mit "Psychisch Kranken" ab Oktober 1975, möglichst im rheinland-pfälzischen/hessischen Raum. Gottfried Tonhauser, 35 Kassel, Holländische Str. 46
- Knastgruppe Freising sucht zwecks Erfahrungsaustausch Kontakt zu arbeitenden Gruppen im Raum Südbayern. Knastgruppe Freising, 8o5 Freising, Marienplatz 2 (im Jugendclub)

GESUCHT WERDEN MATERIALIEN, HINWEISE, ERFAHRUNGSBERICHTE, KONTAKTE

- Wer hat Erfahrung mit fortschrittlicher Berufspraxis in Erziehungsberatungsstellen/integrierte Stadtteilarbeit? - Dieter Parsiegla, 463 Bochum, Hustadtring 65
- Erwachsenenarbeit in Obdachlosengebieten/Abenteuerspielplätze/ Schulprobleme von Kindern in Obdachlosensiedlungen. - Michaela Kanawin, 852 Erlangen, Vierzigmannstr.13
- Aktionsforschung als Methode der Sozialarbeit? Wer kann weiterhelfen? Unkosten werden erstattet. - Sabine Wojahn, 1 Berlin 27, Wilkestr. 15
- Soziologie in der Sozialarbeiterausbildung - Inhalt und Stellenwert - bin an Lehrplänen der FHS interessiert. Unkosten werden erstattet! - Peter Knapper, 1 Berlin 36, Reichenberger Str. 72 a
- Elternarbeit und -beteiligung im Erziehungs- und Bildungssektor der BRD für Projekt- und Diplomarbeit; Anschriften von Elterniniativen und -gruppen. Unkosten werden erstattet. - Dieter Deuse, 4619 Bergkamen, Schulstr. 41
- Drogenabhängigkeit - Ursachen,Therapie, Wohngemeinschaften - K. Wicke, 239 Flensburg, Friedrichstr. 1o
- Obdachlosenarbeit - Erfahrungsberichte von Projektgruppen - Joachim Merchel, 44 Münster, Bremer Str. 3o
- Sozialarbeit in Jugendzentren/Selbstverwaltung - Hans-Diebold Maurer, 76 Offenburg, Eibenweg 1
- Jugendarbeit mit weiblichen Lohnabhängigen - Barbara Fechner, 44 Münster, Diesterweg 4
- Erzieherische Einwirkung des Sozialarbeiters bei der Arbeit mit körperbehinderten Kindern. Material zur Geschichte der Sozialarbeit. Qualifikation des Sozialarbeiters/Ausbildung/Behindertenarbeit - - Barbara Stiels, 45 Osnabrück, Saßnitzer Str. 4
- Konzeptionen, Erfahrungsberichte zur Jugend- und Kinderarbeit in Obdachlosensiedlungen - Ulrich Schnasse, 593 H.-Geiswald, Setzerstr. 3
- Körperbehinderte in Wohngemeinschaften. Schreibt auch Eure Einstellungen zur Integration von Körperbehinderten. - Jürgen Beisiegel, 34 Göttingen, Kiesseestr. 42

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Schwerpunktthema: INSTITUTIONELLE PROBLEME STADTTEILBEZOGENER SOZIALARBEIT - Erster Teil -

11
Offenbach im Dezember 1975
Einfachnummer - Preis DM 3,5o

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind.

Bisher sind erschienen:
Heft 1: "Fürsorgeerziehung" (72 S./DM 3.--)

Heft 2: Sozialarbeit in Institutionen - Geschichte des AKS Frankfurt - Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern u.a. (80 S./DM 3.--)

Heft 3/4: Sozialarbeit zwischen Selbstorganisation und Bürokratie - Fürsorgezöglinge nehmen ihre Sache selbst in die Hand - Lehrstück Brackwede oder die objektiven Grenzen fortschrittlicher Jugendamtspolitik im Recht u.a. (96 S./DM 5.--)

Heft 5: Zur Organisierung im Sozialisationsbereich - Funktion der Sozialarbeit - Disziplinierung in der Fafü Neukölln u.a. (104 S./DM 5.--)

Heft 6: Jugendhilferecht und Jugendhilfetag (72 S./DM 3.--)

Heft 7: Jugendhilfetag - Materialien der Sozialistischen Aktion (80 S./DM 4.--)

Heft 8: Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit - 6 Kurzberichte - Nachrichten/Hinweise (72 S./DM 4.--)

Heft 9: Sozialarbeit in Jugendzentren - Sozialarbeit ist Lohnarbeit - Jugendhilferecht - Jugendpolitisches Forum u.a.(96 Seiten,DM 5,--)

Heft 1o: Knast und Sozialarbeit - "Reformer" stoppen Reformen - Das Ende der Victor-Gollancz-Stiftung - Kurzberichte(64 Seiten,DM 3,5o)

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage: Dezember 1975, 5ooo Exemplare

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28(Souterrain)
Postscheck Frankfurt Nr. 61o41-6o4

Preis: Einzelexemplar DM 3,5o
bei Abnahme von mindestens 1o Stück 2o% Rabatt
Weiterverkäufer(Buchläden,Buchhandel) 4o % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach
Druck: hbo-druck Bensheim

INFO SOZIALARBEIT, Heft 11
- Erster Teil -

INHALT

Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe — Seite 3

I - INSTITUTIONALISIERUNG UND STADTTEILARBEIT — Seite 5

1. Probleme der Institutionalisierung — Seite 5

2. Zur Bestimmung stadtteilbezogener Sozialarbeit — Seite 8
2.1. Gemeinwesenarbeit und stadtteilbezogene Sozialarbeit — Seite 8
2.2. Stadtteilarbeit — Seite 9
2.3. Verhältnis stadtteilbezogener Sozialarbeit zur Stadtteilarbeit — Seite 1o
2.4. Möglichkeiten der Realisierung stadtteilbezogener Sozialarbeit — Seite 11

II - DARSTELLUNG STADTTEILBEZOGENER ARBEITSANSÄTZE — Seite 13

1. Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel — Seite 14
1.1. Konzeption — Seite 14
1.2. Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft von einer studentischen Initiative zur anerkannten Institution — Seite 16
1.3. Institutioneller Rahmen und materielle Situation — Seite 2o
1.4. Übersicht über die Arbeitsbereiche — Seite 23
1.5. Arbeitsbereich Karolinenviertel — Seite 27
1.5.1. Strukturdaten — Seite 27
1.5.2. Erfahrungsbericht I: Die pädagogischen Angebote — Seite 29
1.5.3. Erfahrungsbericht II: Einzelberatung am Beispiel einer Schwangerschaftsunterbrechung — Seite 35
1.5.4. Erfahrungsbericht III: Initiative Bolzplatz — Seite 37
1.5.5. Erfahrungsbericht IV: Initiative "Wohnen im Karolinenviertel" — Seite 41
1.6. Arbeitsbereich Ausbildung — Seite 44
1.7. Arbeitsbereich sozialpädagogische Handlungsvollzüge — Seite 48
1.7.1. Reflexion der Arbeits- und Entscheidungsstrukturen — Seite 48
1.7.2. Problematik der Frauen im Projekt — Seite 52
1.7.3. Öffentliche Jugendhilfe — Seite 54
1.8. Reflexion und Kontrolle der Arbeit — Seite 59

Fortsetzung: Zweiter Teil im Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 12
Inhaltsverzeichnis — Seite 64

VORBEMERKUNG ZU DIESER AUSGABE

Zum besseren Einstieg einige Bemerkungen zur Intention dieses Info's mit dem Schwerpunktthema "Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit", zu den behandelten Problemkreisen und zu den Schreibern. Die Themenstellung trägt zwei wichtigen politischen Tendenzen im Bereich der Sozialarbeit Rechnung:

- Die Diskussion über die Funktion von Sozialarbeit bleibt heute nicht mehr in dem eindimensionalen Erklärungsmuster der eindeutig staats- und herrschaftssichernden,also reaktionären Funktion stekken, sondern billigt Widersprüchlichkeit zu. Damit gilt, wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, daß neben gesellschaftserhaltendenauch verändernde und überwindende Elemente gegeben sind. Es kommt darauf an, diese fortschrittliche Seite durch konsequente Ausnutzung der politischen, oekonomischen und rechtlichen Möglichkeiten auf allen Ebenen zu nutzen.
  Dabei soll nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Entfaltung alternativer Ansätze durch die Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen zunehmend erschwert wird, bzw. wir diese Bedingungen stärker als bisher in unsere politisch-beruflichen Handlungsvollzüge einbeziehen müssen.

- Die Entfaltung von Kontinuität und Verbindlichkeit in Initiativen leitete Institutionalisierungsprozesse ein, die heute nicht mehr grundsätzlich abgelehnt,sondern als notwendige Konsequenz mit positiven und negativen Akzenten angesehen werden. Es geht jetzt in Diskussionen nicht mehr darum, ob die Institutionalisierung von Initiativen notwendig und sinnvoll ist, sondern darum, wie die negativen Komponenten(z.B. hierarchische Struktur,finanzielle Abhängigkeit) eingegrenzt werden können und wie diese Organisationsphase fortentwickelt werden kann.

Nach einer Einführung in die Themenstellung stehen zwei Praxisberichte im Mittelpunkt dieses Schwerpunktthemas: die Arbeitsansätze " Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel" und "Kinderhaus Schokoladenfabrik". Sie sollen durch ihren direkten sozialpädagogischen Bezug den Abstraktionsgrad und damit die Verständigungsschwierigkeiten begrenzen, wobei die geschilderten Ansätze nicht der Sozialarbeiternormalität in Familienfürsorge,Jugendfürsorge und Haus der Jugend etc. entsprechen, sondern sich als Alternativen verstehen.

Leider können wir aus finanziellen und arbeitsorganisatorischen Gründen in diesem Jahr(1975) keine Doppelnummer herausbringen, sondern sind gezwungen,dieses Thema auf zwei Hefte aufzuteilen. Das Heft 11 enthält die Einführung in die Themenstellung und eine ausführliche Beschreibung und Reflektion der Arbeitsansätze der Arbeitsgemeinschaft

Karolinenviertel, sowie Materialhinweise und Kleinanzeigen.
Das Heft 12(1. Heft im Abonnement 1976/erscheint im Januar 1976)enthält den Bericht über das Kinderhaus, die Formen der Trägerschaft und den Prozeß der Institutionalisierung am Beispiel der Jugendzentrums - initiativen. Daran schließen sich Kurzberichte über Repressionen im Sozialbereich und Hinweise.

Die Redaktion dieses Heftes wurde vom AKS Hamburg übernommen. Dazu gehörte die Organisierung eines überregionalen Arbeitsseminars im Juni 1975(es nahmen etwa 5o Genossen teil, die aus Bielefeld,Bremen, Köln,Frankfurt,Göttingen,Hamburg,Münster,Düsseldorf,Neuss und Braunschweig kamen), sowie das Schreiben und Diskutieren der Beiträge. Trotz der starken Seminar-Beteiligung gelang es nicht,andere Gruppen und Einzelgenossen zu motivieren, Beiträge zu liefern.

Die AKS-Gruppe, die sich aus Sozialarbeitern und Sozialarbeiterstu - denten zusammensetzt, bildete sich im Zusammenhang mit der Soziali - stischen Aktion zum Jugendhilfetag/Jugendpolitisches Forum und arbeitet als AKS kontinuierlich seit Anfang 1975. Die Gruppe von ca. 1o Leuten arbeitete bis November fast ausschließlich mit an der Organisierung des Arbeitsseminars und der Erstellung des Info's und beginnt erst jetzt darüberhinaus inhaltlich zu arbeiten sowie sich personell zu erweitern.

Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel sowie das Kinderhaus in der Schokoladenfabrik zeichnen nur für die sie betreffenden Projektbe - richte verantwortlich.

Kontaktadressen:

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS)

2ooo Hamburg 13, Heinrich Barth Str.15, Telefon o4o/45 71 82

Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel

2ooo Hamburg 36, Holstenglacis 7, Telefon o4o/34 64 o6

Kinderhaus in der Schokoladenfabrik

2ooo Hamburg , Winterstr. , Telefon o4o/39 68 88

★

I INSTITUTIONALISIERUNG UND STADTTEILARBEIT

Zum Verständnis der Themenstellung wird eine Begriffsbestimmung von Institutionalisierung vorgenommen und stadtteilbezogene Sozialarbeit erläutert.

1. ZUM PROBLEM DER INSTITUTIONALISIERUNG

Der Begriff der "Institutionalisierung" löst widersprüchliche Reaktionen aus:
- Zum einen signalisiert er Zwang und Befolgung herrschender Regeln (Regeln der Herrschenden).
- Zum anderen deutet er darauf hin, daß eine Initiative nach neuen Formen ihrer Arbeit sucht.

Dabei läßt sich das Verhältnis von Initiative und Institutionalisierung wie folgt beschreiben:
Der naturwüchsige Prozess einer Initiative ist nach einer gewissen Zeit ihrer Arbeit, die charakterisiert istdurch anwachsende Arbeitsintensität und Arbeitsteilung, soweit fortgeschritten, daß immer neue Regelungen notwendig werden. Diese Regelungen sind vor allem wichtig für die kontinuierliche Arbeit und haben z.T. einen institutionellen Charakter (schriftliche Satzungen usw.). Positiv an diesem Prozess der Institutionalisierung ist die Stabilisierung der Arbeit und der Gruppe. Negativ ist, daß sich (Macht-) Positionen verfestigen können und Veränderungen schwieriger werden. Hier gilt es, Mechanismen zu schaffen, die die positiven Elemente der Initiative wirksam bleiben lassen und die Möglichkeit bieten, daß <u>alle</u> Mitglieder auf Planung und Durchführung der Institutionalisierung ständig Einfluß nehmen können.

In der Kritik der negativen Auswirkungen dieses Prozesses ist zugleich eine Kritik der Verwendung des Begriffs "Institution" als scheinbar zweckrationalem Funktions- und Strukturzusammenhang enthalten. Denn in der uferlosen Verwendung dieses Begriffs ist der Versuch der bürgerlichen Wissenschaft zu sehen, den Prozeß der Vergesellschaftung zu entpolitisieren, d.h. ihm seine historisch-materialistische Basis abzuschneiden. Nicht umsonst spielt deshalb die "Institution" eine hervorragende Rolle bei führenden Ideologen aller Schattierungen - von Gehlen bis Luhmann.

Wenn sich allerdings soziale Erscheinungen aller Art von der Familie bis zum Staat einheitlich als Institution bezeichnen lassen, so wird damit - unbewußt - einem realen Prozeß Rechnung getragen, der tat-

sächlich alle Institutionen einer kapitalistischen Gesellschaft betrifft:
nämlich die reelle oder formelle Subsumtion aller gesellschaftlichen Bereiche unter das Kapital, d.h. ihrer verwertungskonformen Organisation. Die typische Form dieser Organisation ist die Bürokratie.
In ihr wird die gesellschaftlich notwendige Kooperation so gestaltet, daß sie zugleich den herrschaftlichen Charakter der Verfügung über diese Kooperation beinhaltet:
Durch Zerlegung der realen Zusammenhänge in die jeweiligen "Häppchen" im Bereich der Produktion und Reproduktion, durch Hierarchisierung und entsprechende Zerstückelung und Parzellierung interner Arbeitsprozesse usw.

Durch die ständige Reproduktion, Verfeinerung und "Effektivierung" dieser Bürokratien werden die Widersprüche der Klassengesellschaft in ihren zerlegten Partikeln handhabbar, d.h. durch die "Rationalität" der Teilbereiche bleibt die Irrationalität des Gesamtsystems erhalten - Bürokratie ist also auch zugunsten der herrschenden Klasse regulierter Klassenkampf und somit immer repressiv wirkend.

Initiativen mit sozialistischer Perspektive, die von Lohnarbeitern in diesen Bürokratien und/oder von denjenigen ausgehen, die von diesen Bürokratien betroffen sind, sind deshalb notwendig anti-bürokratisch und anti-institutionell. Aus der eigenen negativen Erfahrung heraus (in Betrieb, Amt, Schule usw.) will die eigene Praxis dieser Initiativ-Gruppen kooperativ und egalitär sein, d.h. gleiche Mitwirkung und Verantwortung für jedes Mitglied.
Und: statt in Teilchen zerlegte Erfahrung will diese Praxis alle Lebensbereiche umfassen, um so die objektiv zerstückelten Handlungsräume und -perspektiven wieder zu vereinigen.

Damit wird zugleich versucht, die traditionelle Subjekt-Objekt-Beziehung der Institutionen zu den von ihnen Betroffenen zu einem Subjekt-Subjekt-Verhältnis zu machen. Tendenziell ist darin auch die Perspektive enthalten, daß sich das Subjekt der Geschichte, die Arbeiterklasse, vom Subjekt "an sich" (wieder) zum Subjekt "an und für sich" entfalten kann.
Wenn diese Gruppen - so wie wir es getan haben - jetzt die "Institutionalisierung" ihrer eigenen Initiativen anstreben, so ist das ein Widerspruch. Es ist aber kein beliebiger oder subjektiv auflösbarer, sondern ein objektiver Widerspruch, der praktisch produktiv gemacht werden muß.

Grundsätzlich ist dieser Widerspruch ja nicht im Handeln von Individien angelegt, sondern gesellschaftlich vermittelt im Doppelcharakter kapitalistischer Produktion: Subsumtion aller Bereiche unter das Kapital ist dabei eben "nur" der eine Aspekt, der andere ist: die Entfaltung der Produktivkräfte im umfassenden Sinne, d.h. inklusive der Kräfte, die z.B. Kooperation und soziale Phantasie darstellen.

Institutionalisierung beinhaltet mithin auch beide Aspekte:
Zum einen: das bewußte Schaffen neuer Organisationsformen, deren Ziel die selbstbestimmte Tätigkeit der Betroffenen ist. Unter diesem Aspekt sind "institutionalisierte Initiativen" im Verhältnis zu den Institutionen der Staatsapparate noch immer "entinstitutionalisiert", d.h. sie haben nicht den vorherrschenden Charakter der Kontrolle und Repression.
Zum anderen: Die objektive Funktionalität auch dieser Organisationsform für die herrschende Produktionsform bleibt bestehen. Sie dient immer auch als Effektivierung der staatlichen Sozialarbeit, indem "Nischen" im System der sozialen Infrastruktur besetzt werden, die den jetzigen Apparaturen nicht (noch nicht) zugänglich sind. Ob der Effekt der Pazifizierung (d.h. einer eleganteren Form der Repression) oder der Politisierung der Betroffenen eintritt, ist nicht von den Initiativen selbst abhängig, sondern von anderen Momenten (z.B. Frage der Stärke der Klassenorganisationen) - wir können allerdings daran mitwirken.

Da dieser Widerspruch auf der Handlungsebene nicht lösbar ist, sondern als Konfliktstoff in Überlegungen zur Strategie der Institutionalisierung eingeht, muß bei jeder Form der Institutionalisierung die Frage gestellt werden:
Welches sind vorantreibende Elemente?
Wie können diese stabil und kontinuierlich weiterentwickelt werden?

Sind Institutionen formal durch ein gegebenes Ziel, Arbeitsteilung, Kooperation, Planung und Hierarchie beschreibbar und wird in ihnen typischerweise Lohnarbeit verrichtet (als dominante Existenzform unserer Gesellschaft), so bedeutet das für eine Initiative, die sich institutionalisieren will:
- Wenn wir uns auf konkrete Ziele einigen, welche Formen der Organisation müssen/können wir wählen, damit wenigstens tendenziell dieses Ziel erreicht werden kann, und die beabsichtigten Folgen unseres Handelns die nicht-beabsichtigten überwiegen? (Wobei die nicht-beabsichtigten Folgen z.T. identisch sind mit der objektiven Funktion unseres Projekts)
- Welche Arbeitsteilung, Kooperation und Planung ist nötig, welche sind möglich und welche sind zu verneinen, damit der gesamte Erfahrungszusammenhang nicht parzelliert und individualisiert wird?
- Wie kann das Problem der Hierarchi-sierung bewältigt werden? Wo sind individuelle Dominanzen und was bewirken Unterschiede in der materiellen Situation (Hauptamtliche/Nebenamtliche/Studenten)?
- Wie ist die Finanzierung des gesamten Projekts und die individuelle Reproduktion der einzelnen Mitglieder zu sichern und welche Folgen ergehen daraus auf: Ziele usw. (Beginne wieder oben)!

Dieser Entscheidungsprozeß findet permanent statt - er muß permanent sein. Zum einen wäre sonst aus einer Institutionalisierung eine Institution im traditionellen Sinne geworden,
zum anderen ist bewußte Planung eben nicht das vorherrschende Organisationsmoment unserer Gesellschaft, sondern umgekehrt: der hinter dem Rücken der Menschen sich durchsetzende stumme Zwang der Kapitalakkumulation. Dieser Zwang leitet sich nicht nur aus dem beschriebenen Doppelcharakter der Institutionalisierung her, sondern auch aus unserer eigenen individuellen Vergesellschaftung und hat unterschiedliche Erscheinungsformen:
- Konkurrenz und Individualismus der Mitglieder,
- Partikularismus der Institution,
- "Eigeninteresse" der Organisationsform,
- Fehlplanung, Ängste, Dominanzen aufgrund von Geschlecht, Wissen usw.

Die Gefahren der Repression von "außen" entsprechen also durchaus denen der Repression von "innen", d.h. der Repression untereinander.

2. ZUR BESTIMMUNG STADTTEILBEZOGENER SOZIALARBEIT

2.1. Gemeinwesenarbeit und stadtteilbezogene Sozialarbeit

In der Diskussion ergeben sich Schwierigkeiten der Differenzierung zwischen Gemeinwesenarbeit (GWA), stadtteilbezogener Sozialarbeit und Stadtteilarbeit.
GWA und stadtteilbezogene Sozialarbeit sollen alternative Ansätze beruflicher Sozialarbeit sein mit dem Ziel, Interessenwahrnehmung im Wohnbereich zu fördern und gesellschaftsverändernd zu wirken.
Beide Ansätze wenden sich gegen die psychologisch und pädagogisch verengte und methodisch isolierte sozialpädagogische Praxis der voneinander getrennten Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und offene Arbeit (z.B. in Häusern der Jugend) ohne ausreichende Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Bedingungen im Wohnbereich.

Allerdings kritisieren wir Gemeinwesenarbeit in zwei Punkten:

a. hinsichtlich der Illusionstendenz im Begriff
GWA impliziert die Illusion eines harmonischen Gemeinwesens und fördert die Ideologie der sogenannten Partnerschaft (z.B. zwischen Hausbesitzern und Mietern, die sich auch in der Gesetzgebung z.B. Wohnraumkündigungsschutzgesetz, Städtebauförderungsgesetz widerspiegelt).
Es ist daher sinnvoll, bezogen auf die Bestimmung alternativer Ansätze Begriffe zu wählen, die weniger mißverständlich sind und deutlicher machen, was beabsichtigt ist.

b. hinsichtlich der methodischen Begrenzung
GWA wird als dritte Methode neben Einzelfallhilfen und Gruppenarbeit gestellt, mit der schwerpunktmäßigen Aufgabenstellung, Techniken zu vermitteln, die zur Bildung von Initiativen und Institutionen und zur Durchführung von Veranstaltungen notwendig sind. Zwar berücksichtigt dieser Ansatz stärker als die nur pädagogischen Angebote die gesellschaftlichen Bedingungen und beabsichtigt auch deren Veränderung (in welchem Umfang sei dahingestellt). Sie verbindet jedoch nicht die Methoden, sondern fördert eher die Parzellierung von Arbeitsfeldern und verhindert damit den Gesamtüberblick, der eine arbeitsfeldübergreifende Strategie möglich macht.
Es geht aber im wesentlichen nicht darum, traditionelle Sozialarbeit zu ergänzen, sondern umfassend neu zu gestalten.

1. hinsichtlich einer klaren Parteinahme für diejenigen, die von der Sozialarbeit betroffen sind;
2. hinsichtlich einer Einflußnahme auf die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil und der Aktivierung der Bevölkerung zur Interessenwahrnehmung;
3. hinsichtlich des Ausgangspunktes sozialpädagogischen Handelns: nicht das Erscheinungsbild von sogenanntem Fehlverhalten allein, sondern die Analyse der sozio-ökonomischen Bedingungen in Verbindung mit Verhaltensweisen sollten sozialpädagogische Interventionen bestimmen;
4. hinsichtlich der Arbeitsweise und der Strukturen von Sozialarbeit, die emanzipative Tendenzen fördern müßte und auf folgenden Prinzipien beruhen sollte:
   - dem angemessenen Verhältnis von Theorie und Praxis, um Erfahrungen in Erkenntnisse umzusetzen, und Erkenntnisse wiederum Erfahrungen werden zu lassen;
   - dem Verhältnis von Wesen und Erscheinung: hier geht es darum, Erscheinungen als Einzelerlebnisse zu verallgemeinern und auf ihr Wesen zurückzuführen, um dann die Richtigkeit allgemeiner Aussagen an der Vielzahl von Einzelbeispielen zu prüfen;
   - der interdisziplinären d.h. Arbeitsbereich und Arbeitsfeld übergreifenden Arbeitsweise, die gegen Isolation innerhalb der Sozialarbeit und auf Zusammenarbeit und Koordination verschiedener sozialer Dienstleistungen (Lehrer, Pfarrer, Ärzte, Rechtsanwälte usw.), die auf ein Viertel einwirken, gerichtet sein muß;
5. hinsichtlich des sozialpädagogischen Angebots auf drei Ebenen:
   - pädagogisches Angebot für Einzelne, Gruppen und in offener Form;
   - Beratung bezogen auf Arbeitsplatzbeschaffung, Mietprobleme, Erziehungsfragen usw.;
   - Initiativen unterstützen bzw. bilden, die auf die Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtet sind.

Dieser alternative sozialpädagogische Ansatz wird im folgenden als stadtteilbezogene Sozialarbeit beschrieben und gleichzeitig gegenüber der Stadtteilarbeit abgegrenzt.

2.2. Stadtteilarbeit

Stadtteilarbeit wird hier verstanden als organisierte Interessenwahrnehmung der Bevölkerung, die in einem überschaubaren Lebenszusammenhang (Stadtteil) steht. Stadtteilarbeit findet z.Zt. ihren organisatorischen Ausdruck in Bürgerinitiativen. Als Zielgruppe sind insbesondere die Gruppen angesprochen, die entgegen ihrem Bevölkerungsanteil in den gesellschaftlichen Entscheidungszonen Betrieb, Parteien, Parlamente unterrepräsentiert und zusätzlich zur allgemeinen ökonomisch bedingten Repression besonderen Unterdrückungsformen ausgesetzt sind. Es handelt sich insbesondere um Frauen, Rentner, Kinder und Jugendliche. Die Wirksamkeit von Stadtteilarbeit wird von der Aktivierung dieser besonders benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen abhängig sein, die dann im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Veränderungsstrategie einen gewichtigen Machtfaktor darstellen und entscheidenden Einfluß auf gesellschaftliche Machtverschiebungen ausüben könnten. Stadtteilarbeit erhält hiermit einen zentralen emanzipativen Stellenwert. In ihrer heutigen Form ist sie nicht direkt vergleichbar mit der Stadtteilarbeit der Weimarer Zeit. Damals waren die Stadtteile oft die einzigen Bereiche zur politischen Arbeit, da in den Betrieben nicht mehr agitiert werden konnte, da ein großer Teil der politisch aktiven Arbeiter (vor allem von der KPD) arbeitslos waren. Diese Form der Organisierung hatte jedoch wenig Einfluß auf die politische Haltung der Bevölkerungsteile, die nicht unmittelbar von der

Arbeitslosigkeit betroffen waren, da Autoritätsstrukturen und Rollenverhalten kaum infrage gestellt wurden.

Heute stellt sich der Stadtteilarbeit vor allem das Problem der Kontinuität. Dies liegt darin begründet, daß Stadtteilarbeit unbezahlte, zusätzlich zur Betriebs- und Hausarbeit zu leistende Arbeit ist. Der mögliche Zeitaufwand ist daher begrenzt. Dazu kommt, daß Stadtteilarbeit, verstanden als organisierte Interessenwahrnehmung, nicht die gemeinsame Freizeitgestaltung einschließt, im Gegensatz z.B. zu Jugendzentrumsinitiativen, deren Ziel es gerade ist, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung zu schaffen.
Es zeigt sich aber, daß z.B. Mieterinitiativen nur dann einen hohen Aktivierungsgrad haben, wenn aktuelle Probleme anliegen, von denen eine große Anzahl von Leuten betroffen ist. Ansonsten reduziert sich die Gruppe auf einige Aktivisten, wobei sich die anderen in die Isolation der Familie zurückziehen. Ausschließlich problemorientierte Interessenwahrnehmung ist, bezogen auf die Aktivierungsintensität großen Schwankungen ausgesetzt.
Daher wird es notwendig sein, neben dem Aufgreifen von Problemen auch Alternativen zur alltäglichen "TV-Entspannung" in der Familie zu entwickeln, um so die Kommunikation von Leuten verschiedener Altersgruppen innerhalb eines Hauses und im Stadtteil zu fördern. Diese regelmäßige zwanglose Kommunikationsebene stellt Öffentlichkeit her und fördert die Transparenz von Problemen und damit den Mobilisierungsgrad der Bevölkerung.

2.3. Verhältnis stadtteilbezogener Sozialarbeit zur Stadtteilarbeit

Im Unterschied zur stadtteilbezogenen Sozialarbeit, die vom "Subjekt" Sozialarbeiter ausgeht, wird Stadtteilarbeit vom "Subjekt" Bewohner initiiert und organisiert. Diese Trennung ist nicht statisch zu sehen und sie schließt sich nicht gegenseitig aus. Beide Ansätze sind vielmehr als ergänzende bzw. miteinander zu verbindende Strategien zur Interessenwahrnehmung anzusehen. Die Forderung nach Erweiterung der sozialen Einrichtungen (z.B. Schaffung eines Hauses der Jugend) hat dann die größten Erfolgsaussichten, wenn sie von Kindern und Jugendlichen, Eltern, anderen Bewohnern und Sozialarbeitern gemeinsam aufgestellt und vertreten wird. Das Interesse der Kinder und Jugendlichen liegt in der alternativen Freizeitgestaltung, das der Eltern (hier insbesondere der Mütter) in der Beruhigung, die Kinder sicher untergebracht zu wissen, und das Interesse der Sozialarbeiter liegt schließlich in der ansatzweisen Realisierung beruflicher Intentionen hinsichtlich stadtteilbezogener Sozialarbeit.

Stadtteilbezogene Sozialarbeit hat hier die Aufgabe, durch Übernahme der organisatorischen Arbeiten die aktiven Bevölkerungsteile zu entlasten und dazu beizutragen, die Kontinuität von Stadtteilarbeit zu sichern. Bezüglich einer Zusammenarbeit von stadtteilbezogener Sozialarbeit und Stadtteilarbeit ergeben sich zwei zentrale Probleme:

- <u>Gefahr der Integration von Stadtteilarbeit in die Strategie des Staates</u>
  Der Staat sichert sich Einfluß durch mittelbare bzw. unmittelbare Finanzierung stadtteilbezogener Sozialarbeit. Entweder handelt es

sich um Sozialarbeiter, die direkt bei staatlichen Institutionen (z.B. Amt für Jugend) angestellt sind oder die über Landesjugendplanmittel finanziert werden (wobei in diesem Fall der Sozialarbeiter bei einem Träger der freien Jugendhilfe angestellt ist). Diese Einflußmöglichkeiten können zwar durch Eigenfinanzierung (Beiträge, Spenden) begrenzt, müssen aber von vornherein einkalkuliert werden.

- <u>Gefahr der Funktionärsbildung</u>
  Die Übernahme der organisatorischen Arbeiten von Stadtteilarbeit sowie der tägliche Kontakt zum Stadtteil, der sich durch die sozialpädagogischen Aufgaben (pädagogische Angebote, Beratung, Initiativen) ergibt, lassen die Gefahr erkennen, daß Sozialarbeiter den Status von Funktionären einnehmen, der zu einer gewissen Abgehobenheit führen kann.

Es ist unbedingt notwendig, diese Problematik, die grundsätzlichen Charakter hat und nicht nur auf das beschriebene Verhältnis zutrifft, frühzeitig zu aktualisieren, um Handlungsformen zu entwickeln, die bei Sicherstellung der Kontinuität den Einfluß des Staates abwehrt und eine Gleichgewichtigkeit der Entscheidung ermöglicht.

★

Wir, die SOZIALISTISCHE JUGEND DEUTSCHLANDS - DIE FALKEN - , suchen für unsere Bildungsstätte "Forsthaus Halt" zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

HEIMLEITER(IN)

Er (Sie) soll die Verwaltungs- und Wirtschaftsleitung für die Bildungsstätte(40 Betten) und den angeschlossenen Zeltplatz übernehmen. Hauswirtschaftliches Personal und zwei Zivildienstleistende unterstützen ihn (sie).
Das "Forsthaus Halt" liegt mitten im Wald. Dreizimmer-Wohnung ist vorhanden. Bezahlung in Anlehnung an BAT.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Forsthaus Halt 3060 Stadthagen OT Hörkamp (Tel. 05721/2226).

★

2.4. Möglichkeiten der Realisierung stadtteilbezogener Sozialarbeit

Stadtteilbezogene Sozialarbeit mit der vorher beschriebenen Orientierung ist keine anerkannte sozialpädagogische Interpretation und wird z.Zt. nur als Versuch akzeptiert.
Die Initiative in unserem Stadtteil ging von der Bevölkerung und vom Ausbildungsbereich in Zusammenarbeit mit einigen engagierten Sozialarbeitern aus. Im Ausbildungsbereich wird Gemeinwesenarbeit weitgehend in der vorher kritisierten Form als Schwerpunkt angeboten, wobei insbesondere das Dilemma besteht, daß auch sogenannte fortschrittliche Dozenten, fernab von jeglicher Praxis, kaum die Phantasie für weitergehende Versuche entwickeln können.
Im Praxisbereich gibt es keine institutionalisierte Gemeinwesenarbeit. Das Amt für Jugend und die Arbeits- und Sozialbehörde haben zwar Modelle errichtet, die aber im Zeitalter der Sparmaßnahmen eingespart bzw. auf die Sozialarbeiter-Normalität zurechtgestutzt wurden. Dieser Arbeitsansatz konnte bisher in Hamburg nur bedingt in Projekten realisiert werden, die den Verein als Rechtsform gewählt haben und als Träger der freien Jugendhilfe aus dem Landesjugendplan unterstützt werden.
Einige dieser Ansätze bestehen schon über vier Jahre und haben den Charakter einer Institution, mit allen Vor- und Nachteilen, angenommen. Zwei Arbeitsbereiche werden im folgenden vorgestellt.

II DARSTELLUNG STADTTEILBEZOGENER ARBEITSANSÄTZE

Es werden zwei sozialpädagogische Arbeitsansätze vorgestellt, die verschiedene Bereiche der Jugendhilfe berühren:

- Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel als Freizeiteinrichtung für Kinder und Jugendliche mit Beratung und Förderung von Initiativen sowie als Praxisbereich für Studenten des Fachbereiches Sozialpädagogik mit der Absicht, verändernd auf Form und Inhalt des Studiums einzuwirken.
- das Kinderhaus Altona - eine Kindertagesstätte , die sich als Alternative zu den öffentlichen Einrichtungen versteht, mit begrenzter Gruppenzahl, gemeinsamer Zielbestimmung durch Eltern und Bezugspersonen sowie Stadtteilkontakten.

Die beiden Berichte unterscheiden sich im Umfang und der damit verbundenen unterschiedlichen Differenzierung. Der Karolinenviertelbericht wurde vorwiegend für dieses Info geschrieben. Die Ausführungen des Kinderhauses Altona sind aus einer Veröffentlichung vom September 75 entnommen, die als Information für Eltern und interessierte Bevölkerung gedacht war. Der Bericht des Kinderhauses Altona ist aber zur Erweiterung des Erfahrungsbereiches notwendig, da sich hier
- eine Initiative nach fünf Jahren harter Kleinarbeit stabilisiert hat und
- jetzt dabei ist, Probleme der Institutionalisierung zu lösen, die sich insbesondere auf das Entscheidungsverhältnis von Eltern und Bezugspersonen beziehen (siehe Satzung und Geschäftsordnung).
- der einzige uns bekannte Arbeitsansatz aus der ehemaligen "Fabrikbewegung" ist, der sich institutionalisiert hat und jetzt in der Lage ist, in Einzelfragen, z.B. Nutzung eines von der Fabrik übernommenen Bauspielplatzes, dem arroganten Fabrikmanagement auf seine "kommerzialisierten Füße" zu treten,
- die Arbeit so angelegt ist, daß sie über die pädagogische Betreuung der Kinder hinausgeht bezüglich einer intensiven Elternarbeit, der Zusammenarbeit mit der Schule, mit anderen Gruppen am Ort und der Bevölkerung, und demnach als Ansatz "stadtteilbezogener Sozialarbeit" zu werten ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel und das Kinderhaus Altona entwickeln nur auf Teilbereiche bezogen eine Zusammenarbeit, z.B. bei Kinderfesten und einem gemeinsamen Zeltlager während der Sommerferien 1975.
Neben der zwei verschiedene Bereiche abdeckenden pädagogischen Arbeit muß noch auf wesentliche Unterschiede der beiden Initiativen hingewiesen werden:

- bezogen auf die Initiatorengruppe -
Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel wurde von Studenten des Fachbereiches Sozialpädagogik gebildet, zuerst mit der Absicht, das Theorie-Praxis-Verhältnis zu verbessern und eine"fortschrittliche" Berufsperspektive zu entwickeln, die die Interessenlage von Bevölkerung und Sozialarbeitern betreffen sollte. Das Kinderhaus Altona dagegen entsprang ganz zu Anfang Aktivitäten von Eltern, die weder einen privilegierten Kinderladen wollten noch mit der Erziehung und materiellen Situation herkömmlicher Kindergärten einverstanden waren. Dazu wurden zusammen mit den Bezugspersonen Konzepte erstellt.

- bezogen auf die Entscheidungsstruktur -
In der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel werden die Entscheidungen von den Mitarbeitern (Sozialpädagogen, Berufspraktikanten und Studenten) gefällt und getragen. Eine Einbeziehung der Eltern in den Entscheidungsprozess konnte bisher nicht erreicht werden, da es sehr schwierig ist, Eltern zu motivieren, sich für die Gestaltung der Freizeit ihrer Kinder einzusetzen. Es ist geplant,über den bisherigen Rahmen hinaus (Einzelberatung und sporadisch stattfindende Elternabende der Freizeitgruppen), einen regelmäßig stattfindenden Elternkreis zu bilden, über den dann engagierte Eltern angeregt werden sollen, an der praktischen Arbeit mitzuwirken.
Im Kinderhaus Altona bezieht sich die Entscheidungsebene auf Eltern, Bezugspersonen und technische Mitarbeiter. Das stärkere Engagement der Eltern liegt u.a. in der Initiativgruppe sowie in der Ganztagsbetreuung begründet.

- bezogen auf die Konstellation der Rechtsträgerschaft -
Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel wurde Mitglied bei einem anerkannten Verein und verkürzte damit das Anerkennungsverfahren als Träger der Jugendhilfe, verzichtete aber auf eine gewisse Eigenständigkeit im Innen- und Außenbereich. Das Kinderhaus Altona dagegen gründete einen eigenen Verein und schuf sich damit eine größere Autonomie.

Beide Ansätze konnten diesen Prozess der Konsolidierung nur durch eine mehrere Jahre andauernde überdurchschnittliche Belastung durchstehen - wohl eine notwendige Konsequenz für Initiativen, alternative Ansätze zu realisieren.

1. ARBEITSGEMEINSCHAFT KAROLINENVIERTEL (AGKV)

1.1. Konzeption

Ausgehend davon, daß Bewohner, Sozialarbeiter und Studenten gemeinsame Interessen haben, soll sozialpädagogische Arbeit eine Verbesserung der Lebensbedingungen für alle Teile zur Folge haben, was sich für die Bewohner ausdrückt in besseren Wohnbedingungen, ausreichenden sozialen Einrichtungen sowie Kommunikationsstätten und für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterstudenten in einer beruflichen Situation

zum Ausdruck kommt, die es ihnen ermöglicht, die Interessen der Bevölkerung zu unterstützen und das sozialpädagogische Angebot nach den neusten Erkenntnissen auszuführen.
Grundlage dafür ist die differenzierte Ermittlung der gegenwärtigen Interessenstruktur. Diese Ermittlung und das Aufzeigen von Abhängigkeiten mit den sie vermittelnden Mechanismen, ist ein gemeinsames Anliegen aller Beteiligten; es sollen Lernprozesse eingeleitet werden, die in ihrer wechselseitigen Wirkung eine Profilierung des Bewußtseins fördern und Handlungsfähigkeit und Engagement aller Beteiligten hervorrufen. Für die drei zentralen Arbeitsbereiche bedeutet dies:

a) bezogen auf die Bevölkerung des Karolinenviertels

- Verbreitung des pädagogischen Angebots in Form von Gruppen- und offenen Angeboten sowie Einzelberatung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene eines sozioökonomisch benachteiligten Gebietes. Alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, die sich gegen Kriminalisierung und Dequalifizierung wenden und helfen, die Interessenlage zu bestimmen und gemeinsam durchzusetzen.
- Initiativen der Bevölkerung unterstützen bzw. anregen, die sich auf die Bekanntmachung von Mißständen und die Durchsetzung von Veränderungen beziehen, so z.B. auf Mietprobleme, soziale Einrichtungen und Planungstendenzen.
- Organisierung in Bürgerinitiativen fördern und Vorstellungen entwickeln, wie eine breitere und verbindlichere Organisationsebene im Wohnbereich gefunden werden kann, wie sie z.B. im Arbeitsbereich in Form der Gewerkschaften besteht.

b) bezogen auf sozialpädagogische Handlungsvollzüge

- Sozialpädagogisches Handeln (pädagogisch-psychologische Angebote für Gruppen und Einzelne) aus den sozioökonomischen Bedingungen (Arbeits-, Wohn- und Bildungssituation) ableiten und auf einen konkreten, überschaubaren Wohnbereich sowie auf die allgemeine gesellschaftliche Situation beziehen.
- Durch Ausschöpfung der bisher rechtlichen Möglichkeiten neue Arbeitsansätze im Bereich der Sozialarbeit bezogen auf die öffentliche Jugendhilfe sowie freier Träger der Jugendhilfe entwickeln, die das Interesse der Bevölkerung nach Verbesserung der Lebensbedingungen unterstützt und emanzipative Prozesse auch innerhalb der eigenen Institution in Form der Gruppen- und Teamarbeit fördert und Unter- bzw. Überordnungsmechanismen entgegenwirkt. Diese Arbeitsansätze sollten auf breiter Ebene umsetzbar sein und Kontinuität (Verbindlichkeit, Langfristigkeit) gewährleisten.
- Zusammenarbeit der in einem Wohnbereich arbeitenden Sozialarbeiter und Lehrer entwickeln und ihre Organisierung in den Gewerkschaften unterstützen; überregionalen Erfahrungsaustausch z.B. über das Info-Sozialarbeit verstärken.

c) bezogen auf den Ausbildungsbereich

- Verbesserung des Theorie/Praxisverhältnisses, praktische Erfahrungen sollen sich in den Referaten und Seminaren niederschlagen sowie qualifizierte Seminarkritik und Studienreformalternativen fördern.

Die Möglichkeiten und Grenzen von Sozialarbeit werden früh aktualisiert (Berufsperspektive).
- Kollektive Prozesse durch Gruppenarbeiten ermöglichen, Hierarchisierung innerhalb der eigenen Gruppe erkennen und abbauen.

1.2. Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel von einer studentischen Initiative zur anerkannten Institution

Januar 1972 Übernahme einer Kindergruppe im Vorschulalter von einer Studentengruppe des damaligen 2. Semesters zur Verbesserung des Theorie/Praxis-Verhältnisses. Da zunächst noch keine Räume im Stadtteil zur Verfügung standen, mußte auf außerhalb gelegene Räume ausgewichen werden.
Mit diesen und 9 weiteren Studenten aus dem gleichen Semester wurde in der Folgezeit die erste Konzeption für einen stadtteilbezogenen Arbeitsansatz entwickelt. Dazu gehörten: Kennenlernen des Stadtteils, Kontaktaufnahme mit dem Amt für Jugend und Erarbeitung dieses Themenkomplexes in Seminaren der Fachhochschule.

Oktober 1972 Der Arbeitsgemeinschaft wurden von der Kirchengemeinde St. Pauli Nord Räume im ehemaligen Pastorat vorübergehend zur Verfügung gestellt. Diese Räume befinden sich am Rande des Karolinenviertels. Das Pastorat wurde wegen des geplanten Abrisses zwecks Messeerweiterung geräumt. Zusätzliche Betreuung von zwei heilpädagogischen Schulgruppen in der Schule Laeiszstr. durch Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft.

Nov. 1972 Gründung einer Jugendgruppe im Alter von 13 - 14 Jahren. Die Vorschulgruppe zieht ins ehemalige Pastorat und kann damit die Gruppenarbeit intensivieren.
Erste finanzielle Unterstützung von der FHS für Medienmaterial aus Forschungsmitteln der Fachhochschule.

Februar 1973 Einrichtung eines 2. Abends für ältere Jugendliche. Kündigung der Räume im ehemaligen Pastorat zwecks anderweitiger Nutzung zum 1. April 73. (Der vorgesehene Abriß verzögert sich wegen knapper finanzieller Mittel der 'Hamburg Messe').

März 1973 Demonstratives Fest zur Sicherung der weiteren Nutzung der Räume. Hierzu wurden Vertreter des Amtes für Jugend und der politischen Parteien eingeladen.

1.4.1973 Aufschub der Räumungsfrist um einen Monat.
Einstellung von 2 Berufspraktikanten beim Amt für Jugend, die ihr Praktikum in der Arbeitsgemeinschaft ableisteten, vorher jedoch noch nicht mitgearbeitet hatten.

April 1973 Probleme in der Jugendarbeit: Die Jugendlichen beider Gruppen hatten intensiv und fast täglich an der Vorbereitung des demonstrativen Festes teilgenommen. Nach dem Fest war es nicht mehr möglich, eine altersmäßige Aufteilung vorzunehmen und die Gruppenabende wie vorher einmal pro Woche für jeweils 3 Stunden durchzuführen. Die Jugendlichen forderten jetzt unbegrenzten Zugang zu den Räumen, was jedoch von den Studenten zeitlich nicht zu leisten war. Daraufhin verschafften die Jugendlichen sich mit Gewalt Zugang, waren jedoch nicht in der Lage, diesen "Freiraum" auch selbst zu verwalten, sondern begannen, die Einrichtung zu zerstören und sich gegenseitig zu terrorisieren. Jugendliche mit weniger aggressivem Verhalten, die bisher regulierend auf die Gruppe gewirkt haben, blieben weg. Die Studentengruppe war nicht in der Lage, diese Situation gemeinsam aufzufangen und mußte sich nach zwei Monaten durchringen, bei Gewalttätigkeiten die Polizei einzuschalten und den Jugendkeller Anfang Juni zu schließen, da der Keller inzwischen völlig funktionsunfähig geworden war (eingeschlagene Türen, herausgerissene Toiletten, zerstörte elektrische Anlage). Die Kindergruppe wurde während dieser Zeit kontinuierlich fortgeführt, mußte aber wegen des Zustandes der Räume für kurze Zeit wieder nach außerhalb verlegt werden. Von Seiten der Eltern der Kindergruppe wurden wir kritisiert, den Jugendlichen gegenüber eine zu wenig autoritäre Haltung eingenommen zu haben.

Der Zusammenbruch der Arbeit zu diesem Zeitpunkt war äußerst ungünstig, da sich eine längerfristige Nutzungsmöglichkeit abzeichnete.

Juni 1973 Institutionalisierung: Es wurde darauf verzichtet, einen eigenen Verein zu gründen. Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel wurde Mitglied im Verein Jugendhilfe e.V., der im Bereich der Jugendarbeit mehrere Projekte unterhält. Damit konnte der Verein Jugendhilfe für die Arbeitsgemeinschaft Mittel aus dem Landesjugendplan beantragen, die 1974 erstmals genehmigt wurden.

Juni 1973 - Nov. 1973 Aufarbeitung der Jugendgruppenproblematik
Konzeptionsweiterentwicklung
Einzelfallhilfe und streetworking bezogen auf die Jugendlichen.

Oktober 1973 Umgruppierung der mitarbeitenden Studentengruppe: Studenten im Prüfungssemester hörten auf, neue Studenten aus dem 3. Semester begannen ihre Mitarbeit. Von der 1. Generation waren vier Studenten bereit, ab April 1975 ihr Berufspraktikum in der Arbeitsgemeinschaft zu machen.

Oktober 1973 Renovierung der Räume und Versuch, die Nutzung der Räume vertraglich abzusichern.

Dez. 1973 Neue Ansätze zur Wiedereröffnung der Jugendgruppe scheitern.

Februar 1974 Eröffnung von klassenbezogenen Freizeitgruppen: 3. und 6. Klasse. Der Ansatz: Zusammenarbeit mit der Klassenlehrerin konnte nur bedingt verwirklicht werden.

Februar - Mai 1974 Es wurden mehrere Ansätze unternommen, auf der Basis der ehemaligen Jugendgruppe eine Fortführung zu erreichen. Ein konstruktives Interesse konnte nicht mehr entwickelt werden, so daß neue Überlegungen bezüglich der Aktivierung von Jugendlichen einer 8. Klasse gemacht wurden.

März 1974 Betreuung des Spielplatzhauses im Viertel durch die Arbeitsgemeinschaft an 4 Tagen in der Woche, jeweils 2 Stunden vor- und nachmittags. Durch den direkt im Viertel gelegenen Spielplatz und die offenen Spielangebote entstanden stärkere Kontakte zur Bevölkerung.

April 1974 Einstellung einer Sozialpädagogin (frühere Berufspraktikantin) beim Verein Jugendhilfe e.V. (Finanzierung über Landesjugendplanmittel) und vier Berufspraktikanten, die beim Amt für Jugend angestellt und für die Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft freigestellt wurden. Die 4 Berufspraktikanten bekamen vom Amt für Jugend einen Ausbildungs- und Arbeitsplan vorgelegt, um den es bis August 74 starke Auseinandersetzungen gab, schließlich wurde ein Kompromißvorschlag vom Amt für Jugend angenommen, da die Gesamtarbeit erheblich darunter litt.

Juli 1974 Nutzungsvertrag für die Räume im Holstenglacis 7 zwischen dem Verein Jugendhilfe und dem Bezirksamt Hamburg Mitte. Der Vertrag kann vierteljährlich gekündigt werden. Eine Kündigung wird wahrscheinlich nur dann aktuell, wenn die Messe erweitert werden soll, davon ist aufgrund der Finanzsituation der öffentlichen Hand in den nächsten 2-3 Jahren nicht auszugehen.

August 1974 Eröffnung einer Jugendgruppe. Als Ansatzpunkt wurde eine 8. Klasse angesprochen und später erweitert auf alle 13-16jährigen Schüler.

Oktober 1974 Eröffnung des Spielclubs im Holstenglacis und damit eine Ergänzung des bisher nur auf den Spielplatz begrenzten offenen Angebotes. Der Spielclub findet ein Mal wöchentlich für 3 Stunden statt für alle Schulkinder. In den 4 zur Verfügung stehenden Räumen können gleichzeitig verschiedene Angebote wahrgenommen werden.

Januar 1975 Entwicklung einer themenorientierten Jugendgruppe in Zusammenarbeit mit der Jungen Volkshochschule. Grundsätzliche Schwierigkeiten bestehen in der Aktivierung über Diskussionen. Das Freizeitbedürfnis (Musik, Tischtennis) überwiegt.

Februar 1975 Öffentliche Informationsveranstaltung ("Wohnen im Karolinenviertel") über die Wohnperspektive. Daraus ging ein Arbeitskreis hervor, der sich insbesondere mit Wohn- und

Mietproblemen und mit Planungen und Tendenzen der Gebietsentwicklung beschäftigte. Es ist von Seiten der Bevölkerung ein großer Bedarf an Information und Hilfestellung in Bezug auf Mieterhöhungen, Kostenübernahme bei Instandsetzungen usw. vorhanden. Nachdem über Stadtteilinformationen und Rundbriefe bekannt wurde, daß sich die Arbeitsgemeinschaft auch mit diesem Problemkreis auseinandersetzt, kamen die Leute einzeln, um sich beraten zu lassen. Der Arbeitskreis selbst verlor jedoch nach kurzer Zeit seine Existenzberechtigung, da die Beteiligung zunehmend abnahm.
In einem begrenzten Wohngebiet, zu dem intensiver Kontakt durch die pädagogische Arbeit bestand, war es im September 1975 möglich, 40 von 75 Mietparteien dabei zu unterstützen, sich gegen ungerechtfertigte Nebenkostenerhöhungen zu wehren.

April 1975 Einstellung von zwei Sozialpädagogen (die bereits seit 1972 mitarbeiteten) beim Verein Jugendhilfe e.V., die über Landesjugendplanmittel finanziert werden. Damit arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft 3 Sozialpädagogen hauptamtlich.
Erweiterung der Spielplatzbetreuung auf 4 Tage in der Woche jeweils 3 Stunden vor- und nachmittags.

Juni 1975 Einrichtung eines Schularbeiten-Spielnachmittags bezogen auf ausländische Kinder des 1.-3. Schuljahres. Die Gruppe soll in die ab Nov. für 3 Nachmittage in der Woche geplante allgemeine Schularbeitenhilfe integriert werden. Bezüglich des Spielangebots sollen verstärkt ausländische Kinder in die Gruppen einbezogen werden.

Juli 1975 Einrichtung einer Diskothek für Jugendliche ab 13 Jahren jeden zweiten Sonntag von 16 - 19 Uhr.
15tägiges Ferienzeltlager in Wieren bei Uelzen in Zusammenarbeit mit dem Kinderhaus Altona und dem Kinderladen Langenhorn für insgesamt 70 Kinder im Alter von 6-15 J.

Sept. 1975 Einrichtung eines Förderkreises zur Finanzierung von 3 Berufspraktikantenstellen als Konsequenz der Ablehnung des Amtes für Jugend, für die Arbeitsgemeinschaft Berufspraktikantenplätze zur Verfügung zu stellen.

Planungen ab Oktober 1975:
- Einrichtung einer Spielgruppe im Alter von 4-5 Jahren.
- Einrichtung einer Freizeitgruppe im Alter von 6-7 Jahren. (Damit wären alle Altersgruppen bezogen auf Freizeitgruppen in der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel erfaßt.)
- Einrichtung einer Elterngruppe (bisher nur sporadisch stattfindende Elternabende der einzelnen Gruppen oder z.B. Ferieninitiativen)
- Einrichtung einer Schularbeitenhilfe an 3 Nachmittagen in der Woche bezogen auf Kinder des 1.- 4. Schuljahres.

1.3. Institutioneller Rahmen und materielle Situation

RECHTLICHE SITUATION

Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel, 1972 als studentische Initiative gebildet, mußte sich 1973 eine Rechtsform geben, um Verträge abschließen zu können, wie z.B. Mittel aus dem Landesjugendplan erwerben oder einen Nutzungsvertrag für die Häuser abschließen zu können. Um sich von dem Verwaltungsaufwand zu entlasten sowie die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe zu verkürzen, wurde kein eigener Verein gegründet, sondern die Arbeitsgemeinschaft wurde im Juni 1973 Mitglied im Verein Jugendhilfe e.V. und damit einer juristischen Person angegliedert, die für die Arbeitsgemeinschaft im Außenbereich rechtmäßiger Verhandlungspartner ist, Verträge abschließen und haftbar gemacht werden kann.
Der Arbeitsgemeinschaft wurde nach der Satzung des Vereins ein Beirat zugeordnet, der dem Vorstand des Vereins angehört, und ist so indirekt an Vereinsbeschlüssen beteiligt. Es besteht außerdem die Möglichkeit, daß Mitglieder der Projekte an den einmal monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen beratend teilnehmen.

Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft wurde im August dieses Jahres die Satzung des Vereins modifiziert im Sinne einer Erweiterung des Vereinszwecks auf den Bereich Gemeinwesenarbeit und stärkeren Einwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder. Bisher haben sich zwischen Vereinsvorstand und der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel keine Kontroversen ergeben, die die Autonomie der Arbeitsgemeinschaft berührt hätten.

FINANZIELLE SITUATION

Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel hat seit Beginn ihres Bestehens klare Prinzipien der Finanzierung des Projektes verfolgt:
- Kosten und damit die Abhängigkeiten so gering wie möglich halten
- Klare Rechnungsführung nach innen und außen
- Mehrere Finanzierungsmöglichkeiten anstreben, um nicht von einer Stelle total abhängig zu sein.

a) Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Amt für Jugend
Der Verein Jugendhilfe erhält nach den Hamburger Richtlinien anerkannter Träger der freien Jugendhilfe (Grundlage § 8 JWG) für die Arbeitsgemeinschaft Mittel aus dem Landesjugendplan, Pos. 52 (Unterstützung von sozialtherapeutischen Maßnahmen). Landesjugendplanmittel müssen 2 Jahre im voraus beantragt und für jedes Jahr neu eingeworben werden. Die Mittel umfassen 1975 Personalkosten, laufende Kosten wie Miete, Heizung, Strom, Wasser, Telefon, Reinigung und Beschäftigungsmaterial. Nach den allgemeinen Bewirtschaftungsrichtlinien müssen die erhaltenen Mittel jährlich abgerechnet werden.

b) Behörde für Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule
Als Projekt der Fachhochschule erhält die Arbeitsgemeinschaft für die dort arbeitenden Studenten Lehr- und Forschungsmittel für Medien- und Büromaterial zur Durchführung sozialpädagogischer Aufgaben.

c) Bezirksamt Hamburg Mitte (Sondermittel der Bezirksversammlung)
Für besondere Maßnahmen, wie z.B. Umbau des Spielhauses auf dem Spielplatz 1974 und für das Herbstferienprogramm 1975 wurden Mittel aus den Sondermitteln der Bezirksversammlung beantragt und genehmigt.

d) Eigenfinanzierung über den Verein Jugendhilfe
Der Verein stellt der Arbeitsgemeinschaft aus Eigenmitteln (Spenden und Bußgelder) einen kleinen Betrag als Bewegungsgelder für die pädagogischen Gruppen zur Verfügung, damit die Gruppen freier planen und spontane Aktivitäten wahrgenommen werden können.

e) Eigenfinanzierung über Förderkreis
Nachdem es nicht möglich war, eine Finanzierung von Berufspraktikanten ab Oktober 1975 durch das Amt für Jugend durchzusetzen, hat die Arbeitsgemeinschaft im Einvernehmen mit dem Verein Jugendhilfe einen Förderkreis gegründet, der sich vorerst an die engagierte und zahlungsfähige Fachöffentlichkeit wendet (Sozialarbeiter, Lehrer, Juristen usw.). Es steht zur Diskussion, diesen Förderkreis auch auf die Bevölkerung, hier insbesondere auf die Eltern der von uns betreuten Kinder zu erweitern. Dies soll einerseits Selbsthilfemöglichkeiten aufzeigen, sowie stärkeres Engagement von Eltern und Bevölkerung fördern, andererseits muß nach wie vor gewährleistet werden, daß deutlich auf die Zuständigkeit der Finanzierung von sozialpädagogischen Angeboten hingewiesen wird und die staatlichen Institutionen aufgefordert werden, für eine entsprechende Verwendung der Steuermittel zu sorgen und gegen Sparmaßnahmen im Bildungs- und pädagogischen Bereich vorzugehen.

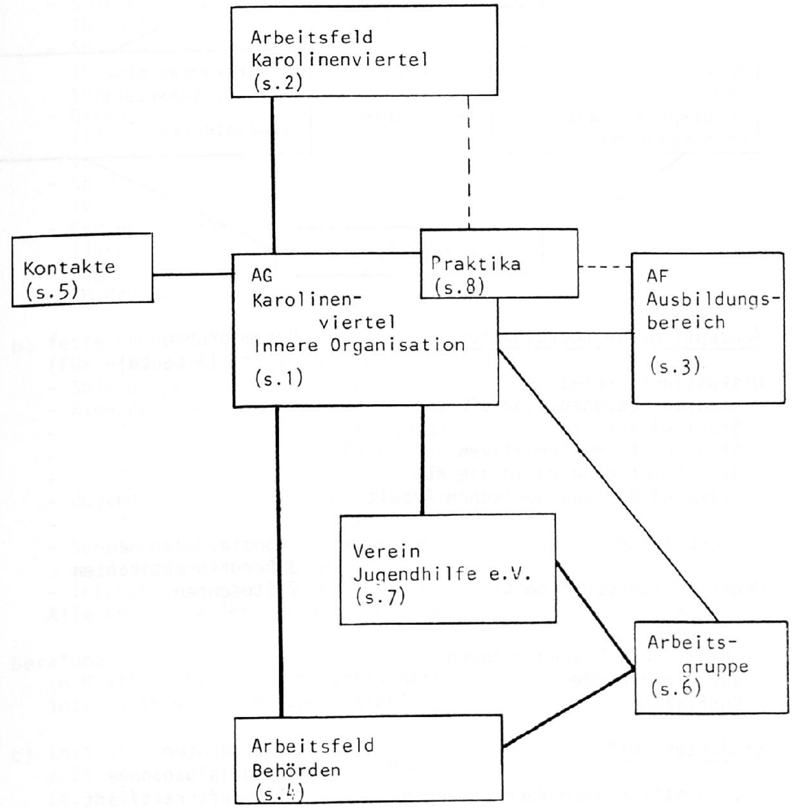
RÄUME

Die Arbeit findet im ehemaligen Pastorat der Kirchengemeinde St. Pauli Nord statt. Nach monatelangen Auseinandersetzungen mit der Kirche und dem Bezirksamt konnte im Juli 1974 mit dem Bezirksamt ein Nutzungsvertrag abgeschlossen werden. Es wurden Räume wie Schularbeits-, Club- und Aufenthaltsräume sowie ein Büro eingerichtet. Die Lage des Hauses ist etwas ungünstig, da es am Rande des Stadtteils liegt, abgegrenzt durch eine Hauptverkehrsstraße. Auf dem Spielplatz, der direkt im Viertel liegt, steht seit April 1974 ein kleines Spielhaus zur Verfügung, das an vier Tagen in der Woche vor- und nachmittags von Mitarbeitern der AG Karolinenviertel betreut wird und zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bewohnern des Viertels beitrug.

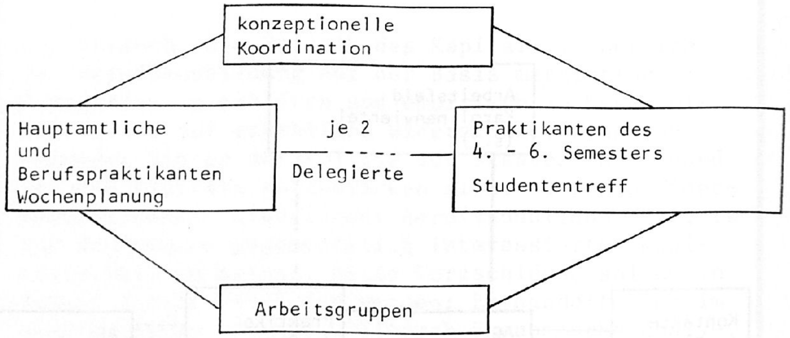
PERSONELLE SITUATION-STAND 1.10.75-

3 Planstellen für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, angestellt beim Verein Jugendhilfe, Finanzierung über Landesjugendplanmittel. Die 3 hauptamtlichen Mitarbeiter arbeiten seit 4 bzw. 3 Jahren im Projekt.
3 Berufspraktikanten, ein Jahr angestellt beim Verein Jugendhilfe, Finanzierung über den Förderkreis. Die Berufspraktikanten arbeiten bereits seit 2 Jahren als Studenten mit.
Neubesetzung der studentischen Mitglieder seit Oktober 75:
11 Studenten des 4. Sem. der FHS für Sozialpädagogik, Schwerpunkt GWA, werden hier ihren Praxisteil während des 4., 5. und 6. Semesters durchführen.
Zur Zeit läuft ein Antrag auf Anerkennung als Einsatzstelle für Zivildienstleistende.

1.4. Übersicht über die Arbeitsbereiche der AG Karolinenviertel (KV)



Zu 1: Innere Organisation der AG KV



Konzeptionelle Koordination

Gesamtgruppe
(z.Zt. 17 Leute)

Diskussionspunkte:
- stadtteilbezogene Sozialarbeit
- Stadtteilarbeit
- Studienreformalternativen
- dazu kommt regelmäßig die Abstimmung der pädagogischen Arbeit

Wochenplanung

3 Sozialpädagogen
3 Berufspraktikanten
2 Studenten

Organisation der Arbeit:
- Termine
- Finanzen
- spezifische Fragen bezogen auf die Behörden
- Konflikte

Studententreff

11 Studenten
1 Sozialpädagoge
1 Berufspraktikant

- Information über Wochenplanung
- Fragen FHS
- Konflikte
- Methodikseminar

Arbeitsgruppen

Mindestens 1 Sozialpädagoge bzw. Berufspraktikant und 1 Student

- bezogen auf pädagogische Gruppenangebote
- bezogen auf FHS
- bezogen auf sozialpädagogische Handlungsvollzüge wie z.B. in der AG KV (Finanzierung, Materialbeschaffung)
- ad hoc Arbeitsgruppen

zu 2: Arbeitsfeld Karolinenviertel

Pädagogisches Angebot

a) Offenes Angebot
- Spielplatz
(Dienstag-Freitag von 9-12 und von 14-17 Uhr)
- Spielclub
(Freitag von 14.30-17.00 Uhr in den Häusern für Kinder von 6-14 Jahren)
- Diskothek
(14tägig am Sonntag von 16-19 Uhr für Jugendliche von 13-18 Jahren
- Spielplatzfeste
(vierteljährlich)
- Ferienzeltlager
(jährlich für 2-3 Wochen im Sommer)
- Tages und Wochenendausflüge
- in den Ferien erweitertes Offenes Angebot

b) feste Gruppen
(für eine begrenzte Kinderzahl und bestimmte Altersgruppen)
- Spielgruppe Kinder von 4-5 Jahren
- Kindergruppe Kinder von 6-7 Jahren
- " " " 8-9 Jahren
- " " " 10-11 Jahren
- " " " 11-12 Jahren
- Jugendgruppe Jugendliche von 13-16 Jahren
- " " ab 16 Jahren
- Schularbeitenhilfe für Kinder der 1.-3. Klasse an 3 Tagen in der Woche
- Interessengruppen für Film, Foto, Zeitung, Modellbau und Musik

Alle Gruppen außer der Schularbeitenhilfe laufen einmal wöchentlich.

Beratung
in Mietfragen, Arbeitsplatzbeschaffung, Erziehungsfragen, Integrationsprobleme von Ausländern usw.

c) Initiativen
z.Zt. Bolzplatzinitiative und Mieterinitiative
(s. Seite 37 ff.)

zu 3: Arbeitsfeld Ausbildungsbereich

a) Studenteninformation
- Tutorengruppe
- Projektvorstellung
- Projekteinführung
- Anleitung von Praktikanten

b) Gremienarbeit
- Mitarbeit im Fachbereich
- Mitarbeit im Haushaltsausschuß

c) Projektkoordination

d) Seminararbeit

zu 4: Arbeitsfeld Behörden

- Amt für Jugend
- Bezirksjugendamt Hamburg-Mitte
- Arbeits- und Sozialbehörde
- Ortsdienststelle St. Pauli
- Bezirksamt Hamburg-Mitte

Verhandlungen bezogen auf Mitteleinwerbung, Raumnutzung, Eingaben (z.B. Errichtung eines Bolzplatzes) usw.
Zusammenarbeit mit FaFü, JuFü und Sozialtherapeutischer Gruppenarbeit in St. Pauli.

zu 5: Kontakte

- Info Sozialarbeit
  (Mitarbeit am Info, ca. vierteljährliche Arbeitswochenenden, überregionale Arbeitstagungen wie z.B. Jugendpolitisches Forum)
- Ev. Studentengemeinde (ESG)
  (die AGKV ist Mitglied der ESG und entsendet Delegierte in die wöchentlichen Ratssitzungen)
- ÖTV
  (über Mitgliedschaften)
- Sozialpolitischer Arbeitskreis (SPAK)
  (Materialien, Seminare)

zu 6: Arbeitsgruppe

Früher Arbeitsgruppe zur pädagogischen und organisatorischen Unterstützung der AG Karolinenviertel
Anleitung und Überwachung des Berufspraktikums 74/75 in der AGKV.
Schwerpunktmäßig Erarbeitung und Diskussion einer Datensammlung über den Stadtteil.
Nach Beendigung des Berufspraktikums Weiterführung der Arbeitsgruppe unter dem Aspekt der Entwicklung der Zusammenarbeit mit Institutionen am Ort, wie Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Sozialtherapeutischer Gruppenarbeit und Sozialamt, sowie Übertragung praktischer Erfahrungen auf den Ausbildungssektor.
In der Arbeitsgruppe arbeiten Vertreter des Amtes für Jugend, der Arbeits- und Sozialbehörde, des Fachbereiches Sozialpädagogik, des Vereins Jugendhilfe e.V., der AGKV und Sozialarbeiter aus St. Pauli mit.

zu 7: Verein Jugendhilfe e.V.

Träger der AGKV
Mitwirkung an Entscheidungsprozessen im Verein in der Mitgliederversammlung und über einen Beirat im Vorstand.

zu 8: Praktika
Einsatz von Studenten im Arbeitsfeld Karolinenviertel über Praktika in der AGKV.

1.5. Arbeitsbereich Karolinenviertel

1.5.1. Strukturdaten des Karolinenviertels

Das Karolinenviertel ist ein altes Hamburger Arbeiterviertel und liegt in unmittelbarer Nähe zum Centrum. Es handelt sich um einen relativ abgeschlossenen Stadtteil im nördlichen Teil von St. Pauli und wird begrenzt von den Messehallen einschließlich Hauptverkehrsstraße, dem Schlachthof, einem Industriegebiet einschließlich Bahnlinie und dem Heiligengeistfeld (großes Gelände für Cirkus und Jahrmarktveranstaltungen).
Von der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel wurde 1973 eine Zusammenstellung aller verfügbaren Daten über das Karolinenviertel hergestellt, insbesondere Sekundärdaten aus Ergebnissen der Volks- und Berufszählung von 1970 sowie ergänzenden Auszählungen des Einwohnermeldeamtes, des Bezirksjugendamtes, des Amtes für Schule und einer Erhebung über die Bebauungsstruktur von 1969.

Diese quantitativen Daten geben Auskunft über die materielle Situation des Karolinenviertels, nicht aber über Verhalten und Einstellung der Bevölkerung, obwohl Interpretationen aufgrund von Korrelationen (Wohnsituation - Schulerfolg) möglich sind.
Die Daten dienen insbesondere
- als Bestandsaufnahme sozioökonomischer Bedingungen
- als Vergleichsgrundlage mit anderen Stadtteilen und mit Hamburg insgesamt
- als Entwicklungsanzeiger bezogen auf die Nutzung des Gebietes
- als Einordnungskriterium bezogen auf die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel; entspricht das Angebot der Arbeitsgemeinschaft den Interessen der Bevölkerung, welchen Stellenwert hat die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für die Bevölkerung?

Auf der Grundlage der von der Arbeitsgemeinschaft erarbeiteten Analyse über die Struktur des Karolinenviertels hier eine Zusammenfassung der signifikanten Problemkreise:

PLANUNGEN UND TENDENZEN DER GEBIETSENTWICKLUNG

Auf der Grundlage des zentralen Standortes war das Karolinenviertel in den fünfziger und sechziger Jahren Spekulationsobjekt der Stadtplaner, insbesondere hinsichtlich einer kommerziellen Nutzung des Gebietes, was eine Flächensanierung zur Folge gehabt hätte. Planungsabsichten, die aufgrund der schlechten finanziellen Situation der öffentlichen Hand und der veränderten städtebaulichen Konzeption nicht verwirklicht werden konnten:

- In den fünfziger Jahren wurden Baustufenpläne erstellt, die Teilsanierungen zur Auflockerung durch Spielplätze und Grünanlagen vorsahen. Realisiert wurde hiervon nur ein Spielplatz und die Bepflanzung eines Grundstückes, auf einem weiteren Platz hat man statt der Grünanlagen Parkplätze geschaffen.

- 1965 wurde in den Entwürfen für das Karolinenviertel der Bau einer Sport- und Kongresshalle vorgesehen. Dies hätte eine totale Flächen-

sanierung zur Folge gehabt und führte zu heftigem Widerstand aus der Bevölkerung, besonders von kleinen Gewerbetreibenden. Sport- und Kongresshalle wurden auf Freiflächen kostengünstiger gebaut.

- Der Nutzungsverteilungsplan (Plan als Planvorgabe) von 1969 sah eine Erweiterung des Messegeländes bezogen auf das Karolinenviertel vor, was eine Zerstörung von 2/3 der Wohnfläche nach sich gezogen hätte.
- Der Flächennutzungsplanentwurf von 1972 sah vor, daß sich das Messegelände, wenn sich aus der Entwicklung des Messewesens ein entsprechender Bedarf ergibt, über die Karolinenstraße hinweg auf das Karolinenviertel ausgedehnt werden kann. Auf die vorhandene Wohnnutzung sollte so weit wie möglich Rücksicht genommen werden.
- Vorläufiger Stand der Planung:
  Im November 73 wurde der Flächennutzungsplan (Bauleitplan nach dem Bundesbaugesetz, legt den Rahmen der städtebaulichen Entwicklung für die nächsten 10-15 Jahre fest) von der Bürgerschaft als Gesetz verabschiedet. Das Karolinenviertel ist als sanierungsbedürftiges Stadtgebiet gekennzeichnet.

Es ist damit aber noch kein Sanierungsgebiet entsprechend dem Städtebauförderungsgesetz. Hierzu bedarf es der förmlichen Festlegung. Der Senat bekundet die Absicht, daß verstärkt Objektsanierungen und keine größeren Flächensanierungen durchgeführt werden sollen.
Verglichen mit den städtebaulichen Überlegungen in den sechziger Jahren und dem Flächennutzungsplanentwurf vom Juli 1972 wird im verabschiedeten Flächennutzungsplan vom November 73 eine mögliche Erweiterung der 'Hamburg Messe' auf das Karolinenviertel nicht erwähnt. Es hat den Eindruck, daß das Karolinenviertel mindestens bis Mitte der achtziger Jahre Wohngebiet bleibt.
Durch die fast 20 Jahre andauernden unterschiedlichsten Planungsvorhaben wurden Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen wegen zu geringer Gewinnerwartung im Karolinenviertel vernachlässigt und die Bevölkerung-bezogen auf eine Wohnperspektive-verunsichert.

Im Karolinenviertel werden 2/3 der Wohnungen noch mit Kohleöfen beheizt, nur die Hälfte aller Wohnungen hat ein Badezimmer. 36,5 % aller Wohnungen haben unzureichenden Feuchtigkeitsschutz und 47 % unzureichende Besonnung. Im Zuge des U-Bahn Neubaus Messehallen und der Erweiterung der 'Hamburg Messe' wurden Mitte der sechziger Jahre ein Kindertagesheim und eine Kinderkrippe abgerissen. Zu diesem Zeitpunkt gingen die Planer von einer totalen Flächensanierung aus. Erst Ende 1973 wurde im Karolinenviertel ein Pavillon als neues Kindertagesheim für 90 Kinder erbaut.

EINWOHNER

- überdurchschnittlich starke Bevölkerungsverluste von 1961 - Ende 1973 von 27,8 %, gegenüber Hamburg insgesamt von 2,1 %.
- verstärkte Zuwanderung von Ausländern und Studenten Ende der 60er und in den siebziger Jahren. Über 50 % der neugeborenen Kinder im Karolinenviertel waren 1974 ausländische Kinder.

- die große Fluktuation, d.h. Abwanderung der ansässigen Bevölkerung und Zuwanderung von Ausländern und Studenten, die in der Regel nicht unbedingt über einen langen Zeitraum am gleichen Ort leben werden, hat zur Folge, daß das gewachsene Beziehungsgeflecht im Karolinenviertel weitgehend aufgehoben ist.
- Überalterung der Bevölkerung; im Karolinenviertel sind 28 % über 60 Jahre alt, im Stadtstaat Hamburg 24 %.
- Es gibt im Karolinenviertel ca. doppelt so viele geschiedene Ehen (7,4 %) wie in Hamburg (4 %).

BILDUNGSSITUATION

Das Bildungsniveau im Karolinenviertel liegt signifikant unter dem von Gesamthamburg:

- Haupt- u. Sonderschüler	im KV: 71,2 %,	in Gesamthamburg: 56,2 %
- Realschüler	" ": 7.1 %	" 8,3 %
- Gymnasiasten	" ": 5,2 %	" 17.8 %

ERWERBSTÄTIGKEIT

- Im Karolinenviertel leben 59 % Arbeiter, in Gesamthamburg 36,3 %
- Es gibt im Karolinenviertel 10 % mehr berufstätige Frauen als in Gesamthamburg.

SOZIALE SITUATION

- Überdurchschnittliche Berufstätigkeit beider Elternteile mit unterdurchschnittlicher Schulbildung führen zu starker Benachteiligung der Kinder, besonders bei unvollständigen Familien.
- Ausländische Kinder sind aufgrund von Sprachdefiziten und kulturellen Unterschieden besonders betroffen.
- Schwierige Familiensituationen und Schuldefizite führen häufig zu aggressiven Verhaltensweisen im Freizeitbereich und entsprechenden Auffälligkeiten.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

a) Ergänzung der Zielbestimmung

Auf der Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen sowie der Strukturdaten lassen sich genauere Zielbestimmungen ableiten.
Das Karolinenviertel muß auf der Grundlage einer umfassenden Modernisierung Wohngebiet bleiben, insbesondere für die dort überdurchschnittlich ansässige Arbeiterbevölkerung (59 % gegenüber 36,3 % in Gesamthamburg). Das bedeutet, daß einerseits eine weitere "Verslumung" und darauf folgend eine Flächensanierung zugunsten der Hamburg Messe verhindert wird. Diese Tendenz ist mittelfristig nicht aktuell. Andererseits darf das Karolinenviertel kein "Klein Pödeldorf" werden, wo clevere Geschäftsleute eine "Milieu-Insel" als Marktlücke auftun. Hierdurch wird eine Entfremdung des Viertels gegenüber seiner ursprünglichen Bevölkerung gefördert und das Preisniveau - Mieten, Handel - hochgetrieben. Die besondere Qualität des Karolinenviertel als Wohngebiet liegt insbesondere im Standort begründet - günstige Verkehrsverbindungen, Nähe zu den Arbeitsplätzen und zur Naherholung in den Wallanlagen.

Nur durch ein konsequentes Angehen der Negativfaktoren, wie z.B. schlechte und beengte Wohnverhältnisse, der Schlachthofgestank, qualitativ und quantitativ unzureichende öffentliche Einrichtungen, wird sich eine Wohn- und Lebensperspektive für Arbeiterfamilien wieder entwickeln lassen und die überdurchschnittlich hohe Fluktuation (das Ausweichen auf Trabantenstädte) abgebaut werden können. Stadtteilbezogene Sozialarbeit hat hier die Aufgabe, die Problematik zu aktualisieren und Interessenwahrnehmung durch die Bevölkerung zu fördern, sowie Forderungen nach Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen zu unterstützen.

b) Konsequenzen

Bezogen auf die Sicherung des Karolinenviertels als Wohngebiet und dessen Ausstattung mit sozialen Einrichtungen und Bildungsangeboten ergeben sich folgende Forderungen:
- Information der Bevölkerung über Planungsvorhaben und Beteiligung der Bewohner an der Planung
- Vorschulklassen für alle Kinder, insbesondere für Ausländerkinder
- Klassenfrequenz: 25 Schüler
- Bevölkerungsnahes Haus der Jugend bzw. Bürgerhaus direkt im Karolinenviertel
- Bolzplatz
- Beratung für Familien mit schwierigen Kindern und Jugendlichen, alternative Wohn-, Schul- und Arbeitsplatzsituationen schaffen mit intensiver Beratung: Beratungsstelle für Ausländer/Elternberatungsstelle/Elternschule/Altentagesstätte/Seniorenclub etc.

1.5.2. Erfahrungsbericht I:
Die pädagogischen Angebote

Die Umwelt ist die Quelle aller Eindrücke, die auf das Kind einwirken. Sie ist geprägt von den Menschen, von ihrer Arbeit, ihren gesellschaftlichen Beziehungen, ihren Gewohnheiten und ihrer Sprache. Aus dieser ständigen und engen Verbindung mit der Umwelt ergeben sich die Reize, die das Kind zum Tätigwerden und Handeln veranlaßt, d.h. Bewußtsein und Verhaltensweisen. Die primären Umwelteindrücke beziehen sich auf Familie, Schule und Freizeitsituation und beinhalten zu einem großen Teil Konkurrenz, Wettbewerb, Konsumverhalten, Rollenteilung und Rollenverhalten usw.

Die Zielsetzung von pädagogischen Angeboten bezogen auf Gruppen, offene Angebote, Initiativen und Einzelberatung, alternative Verhaltensmöglichkeiten aufzuzeigen, d.h. Erkenntnisse zu vermitteln und Impulse zu setzen zur Bestimmung der eigenen Interessenlage und für gemeinsames Handeln, kann nur als Prozeß begriffen werden, der schrittweise alternative Verhaltensmöglichkeiten aufzeigt. Die scheinbare Diskrepanz zwischen tagtäglicher Kleinarbeit und allgemeinen Zielsetzungen kann nur über einen längeren Zeitraum gemessen und beurteilt werden.

Die Entwicklung der pädagogischen Arbeit ist grundsätzlich positiv einzuschätzen, was seinen Ausdruck findet im kontinuierlichen Besuch. Es macht den Kindern Spaß zu kommen, die Angebote werden wahrgenommen und in Ansätzen wird Eigeninitiative entwickelt (Mitgestalten von

Festen, Renovierung der Räume, Ideen und teilweise selbständige Durchführung von Einzelspielen oder Gruppennachmittagen, Entwicklung von neuen Angeboten und Übernahme bestimmter Aufgaben wie Getränkekasse, Saubermachen usw.).
Im Folgenden soll stärker auf einige Problembereiche eingegangen werden, von denen in der Praxis wohl die meisten Gruppen betroffen sind:

FORMEN DER SELBSTVERWALTUNG

Selbstverwaltung im Sinne einer Entscheidungs- und Verwaltungsübernahme konnten bisher nicht verwirklicht werden. Ohne Intervention der Bezugspersonen wurde die Hackordnung unter den Kindern bzw. Jugendlichen verstärkt und stabilisiert. Das kann so weit gehen, daß die Schwächeren, die mit Unterstützung der Bezugspersonen einer Gruppe positive Impulse geben können, nicht mehr bereit sind zu kommen, da die Stärkeren Unterdrückungsformen entwickelt haben, die vom Bierholen bis zum Saubermachen gehen. Wenn alternative Verhaltensformen entwickelt werden sollen, alternativ zu dem, was sie tagtäglich in Schule, Elternhaus, Presse, Fernsehen usw. über Rollenverhalten, autoritäres Verhalten und Konsumverhalten wahrnehmen und dementsprechend reproduzieren (Musikhören, Karatefilme sehen, Pokern, Alkohol konsumieren) müssen die Sozialarbeiter sehr intensive Impulse in eine Gruppe geben und bereit sein zu intervenieren.

Selbstverwaltung sollte ein Ziel sein, kann aber nicht ohne einen langwierigen gemeinsamen Erkenntnisprozeß bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Sozialarbeitern von heute auf morgen eingelöst werden. Wird Selbstverwaltung nur plakativ in den Raum gestellt, besteht die Gefahr, daß auf Grund der unbefriedigenden Erfahrung, die alle machen, Tendenzen Vorschub geleistet wird, die Ansätze von Selbstverwaltung und Selbstorganisation unter Hinweis auf diese schlechten Erfahrungen ablehnen und bekämpfen werden.

Es ist zu vermuten, daß die Realisierung der Selbstverwaltung weitgehend nur dann klappt, wenn man gemeinsame Forderungen stellt und gemeinsame Aktivitäten zur Durchsetzung unternimmt. Es ist dann auch anzunehmen, daß bei einer Durchsetzung mindestens von der Gruppe, die daran aktiv beteiligt war, auch überdurchschnittliche Aktivitäten bezüglich der Gestaltung und Organisierung des Ablaufs entwickelt werden. Bedauerlicherweise wird in den Berichten um Jugendzentrumsaktivitäten weniger auf die Schwierigkeiten der internen Situation eingegangen als auf die Auseinandersetzungen mit der Bürokratie oder der verschiedenen politischen Gruppen untereinander.

Zu Beginn jedes Gruppennachmittags oder -abends findet mit den Kindern oder Jugendlichen eine Gruppenversammlung statt. Hier soll das Protokoll vom letzten Mal vorgelesen und diskutiert werden und allgemeine gemeinsame Gespräche stattfinden. Dieses Konzept läßt sich oft nur schwer verwirklichen, da alle sofort "etwas tun wollen" und Reflexion und Planung für sie sehr ungewohnt ist. Trotzdem wird dies immer angeboten und in Gruppen, die bereits über einen längeren Zeitraum laufen, finden hier teilweise sehr fruchtbare Diskussionen über die Gruppensituation, einzelne Konflikte oder allgemeine Problembereiche statt.

INTERVENTIONSFORMEN

Interventionsformen von Sozialarbeitern müssen in der Regel anders sein als auf der Straße, im Elternhaus oder in der Schule. Hier sollte nicht mit "gut" oder "böse" argumentiert werden, sondern Verhaltensformen im Hinblick auf die Gruppensituation oder auf Förderung bzw. Unterdrückung Einzelner diskutiert werden. Es muß deutlich werden, welche Verhaltensformen es bezogen auf Verselbständigung und Solidarität zu unterstützen gilt und welche nicht, so-daß die Kinder und Jugendlichen eine Verhaltenssicherheit in der Gruppe bekommen können.

Ein Spiegelbild gesellschaftlichen Verhaltens ist z.B. der Problemkreis Hierarchiebildung. In Kinder- und Jugendgruppen werden Hierarchien insbesondere unter dem Gesichtspunkt Alter, Geschlecht und körperlicher Stärke gebildet. Der "Boß" der Gruppe ist meistens der Stärkste, seine Rolle wird unterstützt durch die "Rangnächsten", die "Hilfsbosse". Die Kleinen haben die Befehle auszuführen. Dies geschieht oft unterschwellig und den Kindern kaum deutlich bewußt. Bei Eingreifen der Bezugspersonen können Argumente laut werden wie: aber ich will das doch tun, ganz freiwillig. Nur in Einzelgesprächen wagen sie über dieses Problem zu sprechen, in der Gruppe wird offen für den Boß Partei ergriffen. Hier ist es notwendig, den Kleinen/Schwächeren im Spiel Aufgaben und Rollen zuzuweisen, die es ihnen ermöglichen, sich selbständig oder gemeinsam mit anderen Kleinen durchzusetzen und so ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Die Rolle der einzelnen Kinder in der Gruppe muß von den Bezugspersonen immer wieder durchsichtig gemacht werden, um hierüber gemeinsame Diskussionen zu ermöglichen.

AGGRESSIONEN

Als weiteres Problem stellen sich die offen oder versteckt ausgetragenen Aggressionen der Kinder und Jugendlichen untereinander und gegen Sachen dar. Die Kinder und Jugendlichen haben vielfach nicht gelernt, Unmut und Ärger zu verbalisieren und über Konflikte miteinander zu reden - sie hauen einfach zu oder lassen ihren Unmut an nahestehenden Gegenständen aus. Es wird als feige angesehen, einer Prügelei aus dem Wege zu gehen - wenn Jugendliche dies versuchen, wird von der Gruppe so viel Druck ausgeübt, daß sie sich schließlich doch stellen müssen. Obgleich in den Räumen der Arbeitsgemeinschaft Prügeleien nicht akzeptiert werden und die Bezugspersonen versuchen, bei Unstimmigkeiten Diskussionen zu ermöglichen und alternative Konfliktlösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, kann es vielfach nicht verhindert werden, daß kleinere Seitenhiebe doch ausgetauscht und Streitigkeiten später auf der Straße ausgetragen werden.

ANSÄTZE VON KRIMINALISIERUNG

Es müssen Ansätze der Kinder- und Jugendkriminalität verhindert werden, die mittel- bzw. langfristig zu einer Knastperspektive führen und einer Bewußtwerdung und organisierten Interessenwahrnehmung eher hinderlich als förderlich sind.
Als besondere Schwierigkeit stellt sich immer wieder heraus, daß Sachen, die zum allgemeinen Gebrauch zur Verfügung stehen wie Tischtennisschläger, Werkzeug, Spielmaterial usw. plötzlich verschwunden sind,

obwohl es eigentlich Dinge sind, die ihnen zur Verfügung stehen und die sie sich unter Umständen auch mal ausleihen können. Insbesondere Tischtennisschläger werden mutwillig kaputtgemacht oder mitgenommen. Inzwischen müssen sich die Kinder und Jugendlichen selbst Schläger bauen (Laubsägearbeiten mit Filzbelag), wenn keine mehr vorhanden sind oder mutwillig zerschlagen wurden. Dies Angebot wurde zwar begeistert aufgenommen, hatte aber nicht die erhoffte Auswirkung, daß die selbst produzierten Schläger besser behandelt werden.

Schwieriger werden die Situationen, wenn Geld oder auch ein Fotoapparat abhanden gekommen ist. Es ist notwendig, hier schnell und konsequent zu handeln, d.h. die Jugendlichen ansprechen, daß sie es selbst miteinander klären, als nächsten Schritt die Eltern ansprechen und bei Vorfällen größeren Ausmaßes, z.B. bei einer abhandengekommenen Kamera im Werte von 500.-- DM, kommt man nicht umhin, auch Anzeige zu erstatten.

Damit soll verhindert werden, daß sich kleine Erfolge einstellen, die früher oder später eine Strafverfolgung nach sich ziehen. In Bezug auf den Fotoapparat ist es gelungen, daß dieser nach einigen Tagen von einem "neutralen" Jugendlichen wiedergebracht wurde, das mehrfache Abhandenkommen von Geld konnte bisher nicht gelöst werden.
Da dieser Lebensbereich der Freizeitgestaltung in der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen zu betrachten ist, müssen neben alternativen Interventionsformen bezogen auf die Gruppensituation, restriktive Interventionsformen (Eltern ansprechen, Anzeige erstatten) bei Gefahr von Kriminalisierung einbezogen werden. Wir mußten erfahren, daß ein Verzicht auf restriktive Maßnahmen von den Jugendlichen nicht verstanden und eher als Schwäche ausgelegt wurde. Ihnen ist bewußt, und sie sind es gewohnt, daß bei bestimmten Regelverstößen Sanktionen erfolgen. Seit Beginn der Initiative (1972) wurden 6 reglementierende Elterngespräche geführt und 2 Anzeigen erstattet, eine gegen 2 Jugendliche wegen größerer Sachbeschädigung (nach mehreren Monaten Gesprächen und Verwarnungen), eine andere (Fotoapparat abhanden gekommen) konnte wieder zurückgezogen werden.

WOCHENENDFAHRTEN

Ein besonderes Problem entsteht jeweils auf Wochenendfahrten mit Kindern und Jugendlichen. Hier wird ihnen über 2-3 Tage ein "Freiraum" geboten, den sie entsprechend auszunutzen versuchen. Für die Jugendlichen beinhaltet dieser Freiraum: Nichteinhalten von Regeln, d.h. Alkohol konsumieren, in den Dorfläden etwas mitgehen lassen, nachts auf gar keinen Fall zu schlafen, sich überall möglichst laut zu verhalten, Mädchen bzw. Jungen zu ärgern usw. Dies ist ein spezielles Problem von Wochenendfahrten, da sowohl Kinder als auch Jugendliche alles was, sie als "Freiheit" empfinden, in dieser kurzen Zeit durchzusetzen versuchen.

Anders ist es bei längeren Ferien, wie z.B. das Zeltlager im Sommer 1975, da sie hier nicht unter dem Leistungsdruck stehen, alles in so kurzer Zeit zu erreichen. Auf Wochenendfahrten wird die Diskrepanz zu den traditionellen Erziehungsinstitutionen Familie und Schule und den dort erfahrenen Formen der Konfliktlösung besonders deutlich. Die

Verhaltensform der Sozialarbeiter, die weniger repressiv mit den Jugendlichen oder Kindern gemeinsam etwas unternehmen wollen, wirkt zunächst verunsichernd und provoziert damit ein Verhalten, das Grenzen abtasten will. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einerseits gemeinsame Regeln aufzustellen, andererseits Selbstregulierung und Eigenständigkeit entwickeln zu lassen.
Es erwies sich immer wieder als notwendig, bereits während der Gruppenabende ein Programm ausgearbeitet zu haben in Bezug auf gemeinsame Aktivitäten und während des Wochenendes auf der Durchführung zu bestehen, da sonst die Gefahr besteht, daß sich keine Möglichkeit für gemeinsame Aktivitäten ergibt. Auch aus der Einschätzung der Kinder und Jugendlichen waren dies nachträglich intensive Erfolgserlebnisse.

SPIELAKTIONEN

Drei bis vier Mal im Jahr werden von der Arbeitsgemeinschaft Spielplatzfeste veranstaltet. Der zunächst vorhandenen Erwartungshaltung: etwas umsonst bekommen, etwas gewinnen, erster sein - eine typische Konsumhaltung - werden alternative Elemente entgegengesetzt wie: selbst produzieren (Stockbrot aus süßem Brötchenteig, geröstete Kartoffeln, Kiensches), Freude an gemeinsamen Spielen und Aktivitäten. Die Spielplatzfeste finden bei Kindern, Jugendlichen und Eltern grossen Anklang, (obwohl sie nicht der Form entsprechen, die sie gewohnt sind), so daß inzwischen gemeinsame Vorbereitungen mit den Kindern und Jugendlichen möglich sind und für die Erwachsenen eine Kaffeeecke eingerichtet wurde.

In den Herbstferien 1975 wurde diese Form weiterentwickelt zu einem Planspiel: "Wir bauen und leben in einer Stadt", das in einer Woche an 4 Nachmittagen durchgeführt wurde. Im Vordergrund stand die Vermittlung der zur Existenz notwendigen gesellschaftlichen Funktionen wie Arbeit, Wohnen und Konsumieren mit ihren Mechanismen wie Löhne, Preise, Mieten und deren Zusammenwirken mittels folgender Institutionen:
- Handwerksbetriebe (Bäckerei, Druckerei, Baugeschäft, Kunstgewerbe)
- Dienstleistungen (Bank, Hausarbeit, Zeitung, Imbiß, Kleiderladen)
- staatliche Verwaltung (Arbeitsamt, Baubehörde, Sozialamt)

konnten im Spiel nachvollzogen werden, wobei Konsumrestriktionen bezogen auf einen begrenzten Konsum am Imbißstand sowie als sozialen Ausgleich insbesondere für die Kinder unter sechs Jahren ein Sozialamt eingerichtet wurde.
Es handelte sich um einen Versuch, der bezüglich der Resonanz und Teilnahme (täglich 40-70 Kinder im Alter von 4-14 Jahren) von den Kindern als positiv zu bewerten ist und der unter Einbeziehung der gemachten Erfahrungen in den Gruppen oder bei größeren Spielaktionen weiterentwickelt werden sollte, wobei dann auch Konflikte bezüglich höherer Löhne und niedrigerer Mieten einfließen müßten. Beim ersten Versuch wurden zentrale gesellschaftliche Konflikte nicht eingeplant, da zuerst die umfangreichen Zusammenhänge zusatzweise transparent gemacht werden mußten.

1.5.3. Erfahrungsbericht II: Einzelberatung am Beispiel einer Schwangerschaftsunterbrechung

Es gibt in der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel keine Sprechstunde für Einzelberatung. Kinder, Jugendliche und Eltern kommen dann, wenn sie Probleme haben oder rufen an, um mit den Mitarbeitern, zu denen sie bisher am meisten Kontakt hatten, ein Gespräch zu vereinbaren. Sehr häufig werden die Kinder geschickt mit der Bitte, bei den Eltern vorbeizuschauen. Die Beratung bezieht sich auf die verschiedensten Problemkreise: für die Kinder und Jugendlichen sind dies Probleme mit den Eltern oder mit der Schule, für die Jugendlichen kommt die Berufsausbildung oder Arbeitsplatzbeschaffung hinzu und das ständig gegenwärtige Problem der Beziehung zu ihren Freunden oder Freundinnen. Die Erwachsenen wenden sich an die Arbeitsgemeinschaft bei Mietproblemen, Kündigungen, Eheproblemen oder auch wenn ältere Menschen gerne eine Bank vor der Tür hätten.

Die Beratungstätigkeit kann im Einzelfall sehr zeitaufwendig sein, da das Bedürfnis besteht, alle Sorgen im einzelnen zu erklären, wenn einmal Vertrauen entwickelt werden konnte. Es ist oft schwer einzuschätzen, in welchen Bereich mehr Zeit zu investieren ist und wo es notwendig wird, Grenzen der eigenen Möglichkeiten in Bezug auf Zeiteinsatz und Hilfeleistung deutlich zu machen. Es muß darauf geachtet werden, daß nicht die Erwartungshaltung entsteht "das machen die schon", sondern Eigenständigkeit gefördert wird und auch Anforderungen gestellt werden wie z.B. selbst zum Sozialamt zu gehen oder die öffentliche Rechtsauskunft aufzusuchen.

Wie kompliziert und zeitaufwändig ein Beratungsfall sein kann, soll am Beispiel einer Schwangerschaftsunterbrechung aufgezeigt werden.
Bei einem solchen Problem stellt sich die Frage für Sozialarbeiter: Ist es zu unterstützen, daß Jugendliche wegen einer Schwangerschaft heiraten und hilft man ihnen bei der Wohnungssuche, oder ist es notwendig, sie über Abtreibungsmöglichkeiten zu informieren und sie dahingehend zu unterstützen? In diesem Zusammenhang muß einbezogen werden, daß der Bewußtseinsstand von Sozialarbeitern sich weitgehend von dem der Arbeiterjugendlichen unterscheidet, die der Demagogie vom "werdenden Leben" weitgehend aufgesessen sind. Durch die Ausgangssituation, daß Jugendliche schlecht aufgeklärt sind, kein Geld haben, um sich die Pille zu kaufen und entsprechend gewisse Normvorstellungen verinnerlicht haben, sind sie sehr schnell bereit, unter den Umständen, daß das Mädchen schwanger geworden ist, zu heiraten. In dem vorliegenden Fall bot auch die materielle Situation keine Sicherheit, z.B. hatten beide keine Arbeit und keine Berufsausbildung, beide sind aus unvollständigen Familien, beide hatten bisher nur geringes Durchhaltevermögen bezogen auf Ausbildung und Arbeitsstelle. Die Entscheidung, zur Abtreibung zu raten, fiel unter dem Gesichtspunkt, daß unter diesen Umständen die Entwicklungschancen für das Mädchen noch schwieriger werden und Kinder, die unter solchen Umständen aufwachsen, noch weniger Entfaltungsmöglichkeiten haben als ihre Eltern.

In Hamburg wird die legale Schwangerschaftsunterbrechung relativ liberal gehandhabt. Das Verfahren selbst ist jedoch repressiv und langwierig und erfordert Durchhaltevermögen, d.h. daß es notwendig war, das Mädchen bei diesem Verfahren zu unterstützen und die entspre-

chenden Arztbesuche gemeinsam durchzuführen, da von den Ärzten im allgemeinen wenig verständnisvolle und erniedrigende Fragen gestellt werden und das Mädchen den langen Wartezeiten nicht gewachsen sein würde. In diesem Fall waren vorher lange Gespräche notwendig, die insbesondere mit dem Mädchen, mit ihrem Freund und ihrem Vater, der in seinen Moralvorstellungen stark betroffen war und den Weg des Mädchens deshalb erschwerte, geführt werden mußten.

Folgende Anlaufstellen mußten durchgestanden werden:

1. Hausarzt: stellt auf Wunsch oder auf sein Anraten bei der Ärztekammer einen Antrag (da soziale Indikation noch nicht offiziell anerkannt ist, wird er oft eine andere Begründung liefern, hier psychische Unreife). Schwierigkeiten treten auf: wenn das Mädchen über 16 Jahre ist, einen Schulabschluß und/oder Beruf hat oder im 3. Monat oder darüber schwanger ist.

2. Ärztekammer: Mit dem Antrag vom Hausarzt, der bei Minderjährigen vom Erziehungsberechtigten unterschrieben werden muß, geht man zur Ärztekammer. Es muß mit einer Wartezeit von 2-3 Stunden gerechnet werden. Dann findet ein Gespräch statt mit einem dort angestellten Arzt. Hier ist die Begründung zu wiederholen, die man vorher mit dem Hausarzt abgesprochen hat, unter Umständen ergibt sich daraus ein weitergehendes Gespräch. Wenn der Arzt den Antrag unterstützt, weist er zwei Gutachter zu; welche Fachrichtung ist abhängig von der Begründung des Antrags, meistens ein Gynäkologe und ein Psychologe.

3. Gutachter: Termine geben lassen, wenn dies nicht schon durch die Ärztekammer geschehen ist. Es wird nicht bekannt, ob die Gutachter den Antrag unterstützen oder nicht.

4. Das Gleiche wiederholt sich beim zweiten Gutachter.

5. Ärztekammer: Die Gutachten sind der Ärztekammer vorzulegen, dort erfährt man, ob die Gutachter zugestimmt haben. Bei Zustimmung gibt im Regelfall auch die Ärztekammer ihre Zustimmung.

6. Hausarzt: Mit der Zustimmung der Ärztekammer schreibt der Hausarzt die Krankenhauseinweisung.

7. Krankenhaus: Es ist nowendig, ein Krankenhausbett selbst zu besorgen. Dieses dauert im allgemeinen mindestens 2-3 Wochen. Nicht alle Krankenhäuser machen Abtreibungen und die wenigsten die Absaugmethode.

Das Mädchen ging durch die Mühle - und ließ abtreiben.

Es ist einzuschätzen, daß zwar durch eine Abtreibung keine besondere Stabilität entwickelt werden kann, dadurch aber zumindest das Mädchen vor noch größeren psychischen und physischen Schäden bewahrt bleibt. Eine Verhaltens- oder Bewußtseinsänderung konnte auch nicht ansatzweise erzielt werden, da weitergehende Einzelgespräche nicht mehr möglich waren und das Problem weitgehend verdrängt wurde.

Es war nicht möglich, dieses Problem, das ja ein umfassendes gesellschaftliches Problem ist, in irgendeiner Weise öffentlich zu machen. Nur unter dem Hinweis strengster Verschwiegenheit wurden wir überhaupt einbezogen. Es war darum auch nicht möglich, dieses Beispiel in die Jugendgruppe einzubringen, um daran exemplarisch das Problem des § 218 zu diskutieren. Wie auch bei anderen Problemen (Instandsetzung von Wohnungen, Mieterhöhungen, Beziehungsschwierigkeiten) wurden diese als indidviduelle Probleme erfahren und gelöst. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, Erfahrungen zu vermitteln, daß die als individuelle empfundenen Probleme auch die Probleme der Nachbarn und Freunde sind, die auch darunter leiden, um Solidarität und gemeinsames Handeln zu erreichen.

1.5.4. Erfahrungsbericht III: Initiative Bolzplatz

Der Bolzplatz in der Glashüttenstr. wurde im Februar 1974 geschlossen, da sich die Nachbarn gestört fühlten und sich mehrfach bei den entsprechenden Behörden beschwerten.
Der Bolzplatz lag inmitten eines eng bebauten Wohngebietes, so-daß Konflikte zwischen den älteren Anwohnern und den Kindern und Jugendlichen unausbleiblich waren. Die Anwohner fühlten sich derart stark belästigt, daß sie eine Initiative zur Schließung des Bolzplatzes bildeten. Das Bezirksamt kam diesem Wunsch nach und pflanzte Bäume in den Drahtkäfig.

Der nahegelegene Spielplatz war nach einer Umgestaltung (Hügellandschaft) im Februar 1974 zum Fußballspielen nicht mehr geeignet. Vom Fehlen eines Bolzplatzes waren insbesondere die 10 bis 16jährigen Schüler betroffen. Wir versuchten, mit ihnen Ende September dieses Problem zu aktualisieren.
Es wurde ein Platz ausfindig gemacht, der
- im Viertel liegt und damit schnell zu erreichen ist;
- keine direkte Belästigung der Nachbarn nach sich ziehen würde;
- Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg ist;
- als Parkplatz nicht voll genutzt wird.

Die Forderung nach einem Bolzplatz wurde auf dem Spielplatzfest am 5. Oktober durch einen Umzug und einer abschließenden Veranstaltung auf dem geplanten Platz bekanntgemacht.

Die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel hatte einige Tage vorher schon einen entsprechenden Antrag an das Bezirksamt gestellt und einen Terminvorschlag für eine gemeinsame Ortsbesichtigung vorgeschlagen. Der Termin wurde von der Verwaltung aus Zeitgründen nicht wahrgenommen. Die Arbeitsgemeinschaft wurde darauf zu einer Anhörung im Ausschuß für Jugend, Kultur und Sport der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte eingeladen. Dieser Termin wurde am 4.11. wahrgenommen. Die Parteienvertreter brachten ihr Wohlwollen zum Ausdruck und wollten diese "gute Sache" unterstützen. Nachdem von Seiten des Bezirksamtes und des Ausschusses keine schriftliche Nachricht einging, hat die Arbeitsgemeinschaft das Bezirksamt Anfang Dezember noch einmal zu einer Stellungnahme aufgefordert. Das Bezirksamt antwortete mit einem kurzen Schreiben, in dem es darstellte, daß eine kurzfristige Realisierung nicht möglich sei, da

Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel Stadtteil-Information Nr: 4

HERBSTFERIENPROGRAMM 1975

ERSTE FERIENWOCHE: 29. Sept. bis 5. Okt.

Spielplatzfest am Freitag,3. Okt. von 13.30 bis 18.30 Uhr auf dem Spielplatz Grabenstr./ Vorwerkstr.
Dort können wir malen, an Feuerstellen bruzzeln, basteln, bauen usw.
Um 15.30 Uhr kommt der ZAUBERKÜNSTLER
Um 18.00 Uhr machen wir einen LATERNENUMZUG mit STRAßENMUSIKANTEN und ein großes Feuer das von der Feuerwehr gelöscht wird.

Tagesausflug für die Kinder der Gruppen 'Flipper' und 'Adler' und deren Freunde am Mittwoch den 1. Oktober um 10 Uhr.

ZWEITE FERIENWOCHE: 6. bis 12. Okt.

Stadtspiel im Holstenglacis für alle Schüler an 4 Nachmittagen.
Wir wollen eine Stadt bauen, in der wir wohnen und spielen können.
Dienstag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr.

Diskothek für junge Leute von 13 bis 16 J. am Sonntag, 16 - 19 Uhr

DRITTE FERIENWOCHE: 13. bis 19. Okt.

Tagesausflüge nach Zollenspieker mit Schnitzeljagd und Lagerfeuer. Zum Mittagessen gibt es Eintopf.

- am Dienstag, den 14. Okt. für 6 - 11 jährige Kinder
- am Donnerstag, den 16. Okt. für 12 - 15 jährige Kinder

Wir werden jeweils um 10 Uhr vom Holstenglacis 7 abfahren und gegen 17.30 Uhr zurück sein.
ANMELDUNGEN: Im Spielhaus oder im Holstenglacis von 10 - 12 Uhr.
KOSTENBETEILIGUNG: 2.-- DM

Abschlußveranstaltung : am Freitag, den 17. Okt. um 16 Uhr.
Das Kindertheater KLECKS spielt: 'Mensch, Mädchen' im KLECKS-THEATER, Glashüttenstraße. Eintritt frei.

Auch während der Herbstferien ist das Spielhaus auf dem Spielplatz Grabenstr./ Vorwerkstr. von

- Dienstag bis Freitag von 9 - 12 Uhr und von 14 - 17 Uhr

geöffnet. In der 1. Ferienwoche werden wir für das Spielplatzfest Laternen und Sachen für den Flohmarkt basteln.

Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel, 2 HH 36, Holstenglacis 7
Tel. 34 64 06 verantw. Yvonne Canzler 29.9.75

a) die Kosten für das Grundstück zu hoch sind
b) Teile der Bevölkerung sich gestört fühlten und evtl. genauso wie beim 1. Bolzplatz eine Schließung fordern könnten.

Die Kostenbegründung ist infrage zu stellen, da es sich um ein städtisches Grundstück handelte. Die Bedenken hinsichtlich der Wirkung auf die Bevölkerung sind nicht völlig aus der Luft gegriffen, da die Arbeitsgemeinschaft im Zuge der Aktivitäten wieder ähnliche Erfahrungen der Ablehnung dieses Vorschlages durch Teile der Bevölkerung machen mußte.

Hier zeigte sich das Dilemma der Interessengegensätze von Jugendlichen, die ihre Bedürfnisse befriedigen wollen, und von den alten Leuten, insbesondere von Rentnern, die Ruhe suchen und sich bedroht fühlen. Dieser sogenannte Generationskonflikt bindet die berechtigten Forderungen nach Verbesserung der Wohnsituation in Form der Auseinandersetzung zwischen jungen und alten Leuten und verhindert das Erkennen des Ursachenhintergrundes und damit die Entwicklung einer gemeinsamen Lebensperspektive, die altersgemäße Freizeitgestaltung zuläßt.

Anfang des Jahres schien eine Realisierung auf dem Gelände nicht möglich, insbesondere weil wir nicht wußten, wie die Kinder und Jugendlichen für diese Forderung zu mobilisieren sind.

Im Karolinenviertel wird Ende des Jahres trotzdem ein Bolzplatz errichtet. Dies ist zu einem kleinen Teil zwar auch der Initiative zuzuschreiben, die auf das Problem aufmerksam machte, zum größeren Teil jedoch Ausdruck verfehlter Stadtplanung.
Der Bolzplatz wird jetzt auf dem Abbruchgrundstück des ehemaligen Laeiszstiftes errichtet. Das Laeiszstift wurde vor 100 Jahren erbaut. Dort wohnten ca. 50 alleinstehende alte Frauen, die größtenteils vom Sozialamt eingewiesen wurden. Da in den 50er und 60er Jahren unter dem Blickpunkt der Totalsanierung des Viertels keine Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt worden sind, befand sich das Stift in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Die Verantwortlichen (Stiftungsvorstand und Arbeits- und Sozialbehörde) konnten die Investitionen nicht aufbringen und entschieden sich für den Abriß, obwohl eine Totalsanierung des Karolinenviertels aufgrund modifizierter städtebaulicher Konzeptionen (durch starke finanzielle Belastungen der öffentlichen Hand durch Städtebauförderungsgesetz - Sozialplan- und zunehmender Kosten auszubauender Verkehrsnetze) mindestens für die nächsten 15 Jahre Wohngebiet bleiben wird. Der Abriß des Laeiszstiftes konnte Anfang 1975 ohne großen Widerstand durchgesetzt werden. Die Arbeitsgemeinschaft war zwar relativ frühzeitig über die Situation informiert, sah aber keine Möglichkeiten der Intervention, da die alten Damen aufgrund ihrer physischen und psychischen Verfassung keinen gemeinsamen Widerstand entwickeln konnten und ein Eingreifen nicht zu verantwortende Verunsicherung gebracht hätte.

Daß der freigewordene Platz des ehemaligen Stiftes nicht Parkplatz, sondern als Bolzplatz und Spielfläche gestaltet wird - also Geld investiert wird - ist zu einem guten Teil der Interessenlage der angrenzenden Schule und der Intervention der Arbeitsgemeinschaft zuzuschreiben.
Auf dem Platz des ehemaligen Laeiszstiftes wird nun der Bolzplatz errichtet ohne Gefahr der Störung von umliegenden Bewohnern. Dieses

Ergebnis muß aber auch, bei aller Freude über den Bolzplatz, als gelungene Abwälzung der grundsätzlichen Wohn- und Freizeitproblematik auf den Generationskonflikt gewertet werden, wobei der schwächste Teil (Alte und Gebrechliche) gegenüber den "zukunftsträchtigen" Kindern und Jugendlichen auf der Strecke blieben.

Aktivierung der am stärksten Betroffenen (Schüler zwischen 10 - 14 J.)

- von Ende September bis zum Fest war eine starke Anteilnahme vorhanden, der Bolzplatz war wichtiges Gesprächsthema. Von den Kindern wurden Unterschriften gesammelt.
- Eine Woche nach dem Fest war die Ortsbesichtigung vorgesehen, dabei sollten die Behördenvertreter mit den Schülern konfrontiert werden - eine gute Möglichkeit, in gewohnter Umgebung mit Unterstützung der Freunde eigene Wünsche zu artikulieren. Dieser Termin fiel ins Wasser.
- Danach wurde ein Besuch beim Bezirksamt, dem zuständigen Verwaltungsdezernenten geplant. Der Termin fiel auch aus Zeitgründen seitens des Verwaltungsdezernenten aus.
- Als Ersatz dafür wurde ein Gespräch mit dem für diesen Bezirk zuständigen Abgeordneten (SPD) der Bezirksversammlung vereinbart. Dieses Gespräch fand Anfang November, also vier Wochen nach dem Fest statt. Die zwei Schüler, die an dem Gespräch teilnehmen wollten, erschienen nicht.
- Um die positive Haltung der Schüler aufzufangen, begannen wir mit ihnen an einem Nachmittag in der Woche auf einem anliegenden Fußballplatz zu spielen, um eine Mannschaft zu bilden, die gegen andere Spielplätze spielen sollte. Mitte bis Ende November war das Wetter so miserabel, daß niemand mehr motiviert werden konnte.
- Damit war das Thema entaktualisiert und es gelang auch nicht, im neuen Jahr (1975) Aktivitäten zu entwickeln.

Warum konnte das Interesse der Schüler nicht weiter entwickelt werden?

- Zwischen Aktualisierung und möglicher Realisierung lag ein zu langer Zeitraum. Die Jugendlichen haben nicht gelernt, längerfristig ihr Interesse zu vertreten. Aufgrund der oben beschriebenen Umstände war es nicht möglich, diesen Leerlauf auszufüllen.
- Die Aktivierung wurde durch das fehlende Vertrauen in die eigene Durchsetzungskraft erschwert. (Das schaffen wir ja doch nicht)
- Gespräche mit Behördenvertretern in einer ungewohnten Umgebung wecken Ängste und müssen daher intensiv vorbereitet werden, der Zeitabstand war zu groß.
- Im Winter ist das Interesse am Fußballspielen aufgrund des schlechten Wetters und der frühen Dunkelheit geringer, daher auch nicht ein so aktuelles Problem.
- Ohne die ganzen Winkelzüge, die zur Errichtung des Bolzplatzes geführt haben, vermitteln zu können, ist es notwendig, hieran aufzuzeigen, daß es möglich ist, etwas gemeinsam durchzusetzen, um in anderen Situationen ein stärkeres Engagement erzielen zu können, wobei berücksichtigt werden muß, daß keine Illusionen verbraten werden dürfen in dem Sinne, daß man alles durchsetzen kann.

1.5.5. Erfahrungsbericht IV:
Initiative "Wohnen im Karolinenviertel"

Bis 1974 erstreckte sich die konkrete Arbeit, bezogen auf die Bevölkerung, auf die pädagogische Arbeit und die Beratertätigkeit. Die Aktualisierung bezogen auf die Wohnproblematik war erst sinnvoll, nachdem über die pädagogische Arbeit eine Beziehung zur Bevölkerung aufgebaut war, durch die ein kontinuierlicher Kontakt sichergestellt war und breite Bevölkerungsteile von Mietproblemen betroffen waren. Die Aktualisierung dieser Probleme stellte den Versuch dar, die Bewohner für die Verbesserung ihrer Wohnsituation zu aktivieren.

Beschreibung der Initiative "Wohnen im Karolinenviertel"

Das Karolinenviertel soll als Wohngebiet für die jetzige Bevölkerung (vorwiegend Arbeiterfamilien) erhalten bleiben:
1. wegen der verkehrsgünstigen Lage
   - zu den Arbeitsplätzen
   - zu den Einkaufsmöglichkeiten
   - zu den Naherholungsgebieten (Stadtpark, Elbe, Wallanlagen);
2. wegen der relativ niedrigen Mieten

Die Problematiken, die sich hier stellen, sind folgende:

Wie vermittelt man den Bewohnern, daß das Karolinenviertel noch auf längere Zeit als Wohngebiet erhalten bleibt, so-daß es sich lohnt, Forderungen für die Verbesserung der Wohnverhältnisse wie:
- Instandsetzung,
- Modernisierung - Wertverbesserungen,
- genügend soziale Nachfolge - Vorsorge - Einrichtungen

aufzustellen und Strategien zu entwickeln und durchzusetzen.

Einführung des weißen Kreises

Nach unserer Einschätzung ergab sich ein günstiger Zeitpunkt, die Wohnungsfrage zu aktualisieren, als am 1.1.75 das 2. Wohnungskündigungsschutzgesetz in Kraft trat. Bis zu diesem Zeitpunkt waren in Hamburg die Mieten für Altbauwohnungen, die vor dem 20.6.48 bezugsfertig waren und incl. Küche nicht mehr als 5 Zimmer haben, preisgebunden. Da diese Voraussetzungen für fast alle Wohnungen im Karolinenviertel zutrafen, sahen wir hier einen Ansatzpunkt für eine Mieterarbeit.

Geplant war, inhaltlich zu informieren über:
1. Städtebauliche Entwicklung des KV;
2. Einführung des weißen Kreises, Vermittlung der juristischen und politischen Grundlagen;
3. Möglichkeiten der Instandsetzung und Modernisierung.

Folgende Schritte waren vorgesehen:
1. Eine Informationsveranstaltung mit Vertretern
   - der gemeinnützigen Wohnungsbauges. (SAGA),
   - der Baubehörde,
   - der politischen Parteien,
   - des Hamburger Mietervereins,
   - verschiedener Mieterinitiativen.

2. Herausgabe einer Stadtteilzeitung, die von diesem Zeitpunkt an in unregelmäßigen Abständen zu verschiedenen Themenbereichen informieren sollte.
3. Zur Problematik Wohnen: Initiieren eines Arbeitskreises Die Teilnehmer sollten sich weitgehend aus den Besuchern der Informationsveranstaltung rekrutieren.

Bei der Informationsveranstaltung stellte sich heraus, daß die Erhöhung der Grundmiete auf die Tabellenmiete (wie sie von der SAGA im KV zum 1.1.75 vorgenommen wurde) nicht als übermäßig große finanzielle Belastung empfunden wurde, da die Mieten hier im Vergleich zu Sozialwohnungen in Neubaugebieten relativ niedrig sind.
Bei den privaten Vermietern wurde von der 10 % Erhöhung weitgehend Gebrauch gemacht, ohne auf Widerspruch der Mieter zu stoßen. Auch diese Mieten wurden noch als relativ gering empfunden. Sowohl bei der Informationsveranstaltung als auch bei den darauffolgenden Sitzungen des Arbeitskreises "Wohnen im KV" (der von diesem Zeitpunkt an regelmäßig alle 14 Tage tagte), stellte sich als vorrangiges Problem der schlechte Zustand der Wohnungen dar. Gerade in diesem Punkt war der Informationsstand über die Rechte der Mieter sehr gering. Es wurden daher schriftliche Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten gegeben.
Bei der Informationsveranstaltung waren ca. 80 Bewohner aus dem Karolinenviertel anwesend sowie
- 2 Vertreter der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft SAGA
- Vertreter der Parteien und Initiativen, die im Karolinenviertel aktiv sind
- 1 Vertreter des Mietervereins zu Hamburg, der aus persönlichem Interesse gekommen war.

Die zusätzlich geladenen Vertreter der Baubehörde und des Bezirksamtes lehnten aus verschiedenen sehr fadenscheinigen Gründen ab.

Von den o.g. Themenkreisen fanden die Möglichkeiten der Instandsetzung und Modernisierung verständlicherweise besonderes Interesse. Außerdem wurden Probleme des Umweltschutzes angesprochen, z.B. Geruchsbelästigung durch den Schlachthof, Luftverschmutzung durch ein Heizwerk.
Der relativ zahlreiche Besuch der Veranstaltung war wohl auf mehrere Faktoren zurückzuführen u.a.
- hatte diese Veranstaltung einen etwas spektakulären Charakter, wohl auch durch die umfangreichen Ankündigungen (Plakate, Stadtteilinformation),
- lag ein Informationsbedürfnis vor und
- wollte man alltägliche Sorgen einmal besprechen.

Keiner dieser Punkte führte jedoch bei der Mehrzahl der Bewohner zu einem längerfristigen Engagement.

An dem Arbeitskreis "Wohnen im Karolinenviertel" beteiligten sich anfänglich ca. 15 - 20 Personen, wobei sich die Zusammensetzung im Lauf der Zeit immer mehr umstrukturierte zugunsten von Studenten und politisch engagierten, jüngeren Leuten. Behandelt wurden weitgehend die Themenkreise, die schon bei der Informationsveranstaltung angeschnitten worden waren. Da immer wieder der schlechte Zustand der Wohnungen angesprochen wurde, schien es dem Arbeitskreis wichtig, die Mieter über ihre Recht bezüglich Instandsetzung zu informieren. Anhand eines Fragebogens, der mögliche Mängel aufzeigt, wurden Mieter von einem Häuserkomplex der SAGA und eines privaten Vermieters angesprochen.

Auf die Zusendung der Auswertung der Befragung kam keinerlei Resonanz. Die ganze Aktion war zu sehr aufgesetzt, denn obwohl die Vertreter des Arbeitskreises selbst Bewohner des Viertels waren, sind sie größtenteils in einer anderen materiellen Situation (weitgehend Studenten) Außerdem konnten wir bei den meisten Mietern, zu denen wir Kontakt hatten, feststellen, daß sie Angst vor Repressionen der Vermieter hatten, insbesondere vor Kündigungen. Diese Erfahrung machten wir auch in der Beratung. Es handelte sich weitgehend um Einzelberatungen, bei denen die betroffenen Mieter versuchten, ihre Mitmieter im Haus zu mobilisieren. Nachdem dieses meistens mißlang, trat Resignation und Angst ein und sie versuchten, die eingeleiteten Aktivitäten wenn nicht rückgängig zu machen, so doch zu stoppen.

Der Arbeitskreis Wohnen stellte im Juli seine Arbeit auf Grund der geringen Resonanz bei der Bevölkerung ein.
Wir machten hier eine ähnliche Erfahrung wie andere Mietergruppen, daß die Wohn- und Mietproblematik nicht der alleinige Arbeitsschwerpunkt einer solchen Gruppe sein kann, sondern auch bei der erwachsenen Bevölkerung das Kommunikations- und Geselligkeitsbedürfnis im Vordergrund steht. Eine Gruppe, die sich in dieser Form regelmäßig trifft, sollte, wenn Konflikte bezogen auf die Wohnproblematik auftreten, diese aufgreifen und öffentlich machen.

Gestärkt wird diese Einschätzung u.a. durch neuere Erfahrungen, die wir gemacht haben, als kürzlich eine Elterngruppe an uns herantrat, weil sie eine sehr hohe Nachzahlung für Umlagen, sowie eine Umlagenerhöhung mit unklarer Aufschlüsselung bekommen hatte.
Es handelte sich um einen Wohnblock eines privaten Hauseigentümers mit 72 Mietparteien. Die Mieter haben hier selbst die Initiative ergriffen und 25 Mietverträge eingesammelt. Daraufhin traten sie an uns heran, da sie uns durch die jahrelange pädagogische Arbeit kannten und auf Grund der Initiative "Wohnen im Karolinenviertel" wußten, daß wir uns mit Mieterproblemen beschäftigen. Eine der Mietparteien hatte positive Erfahrungen mit uns gemacht, weil wir bei einer Kündigung geholfen hatten. Der Vermieter hatte nicht zuletzt auf Grund unserer Intervention eine Räumungsklage verloren.

Unsere Unterstützung sah folgendermaßen aus. Wir gingen zusammen mit 2 Bewohnern zu einem uns bekannten Rechtsanwalt, der Spezialist in Mietfragen ist und ließen die Rechtslage prüfen. Der Rechtsanwalt machte uns berechtigte Hoffnungen.
Daraufhin wurde eine Mieterversammlung durchgeführt, an der 50 Bewohner teilnahmen. Sie setzten ein gemeinsames Schreiben auf (vorformuliert durch den Rechtsanwalt), in dem sie mitteilten, daß sie die Rückzahlung wie die Umlagenerhöhung so lange nicht zahlen würden, bis eine genaue Aufschlüsselung vorliegen würde. Dieser Brief wurde von über 50 % der Mietparteien abgeschickt.
Es wurde also die alte Miete weitergezahlt und man plante eine Mieterversammlung bei Reaktion des Vermieters. Während der Wartezeit verbesserte sich die Kommunikationsstruktur unter den Bewohnern: man unterhielt sich oft über das Problem. Auch der Bekanntheitsgrad der AGKV wurde dadurch vergrößert, und mehr Bewohner nahmen die Beratung in Anspruch. Inzwischen ist eine Antwort des Vermieters gekommen. Die Umlagenerhöhung reduzierte sich bei den einzelnen Mietparteien um 5o-8o DM jährlich. In der nächsten Mieterversammlung wollen die Mieter entscheiden, ob sie dieses Angebot annehmen oder weitergehende Forderungen aufstellen.

1.6. Arbeitsbereich Ausbildung

Im April 75 wurde die Phase der Entwicklung der AGKV vom primär studentischen Projekt zu einer Institution der Sozialarbeit mit der Bewilligung von Landesjugendplan-Mitteln für 3 hauptamtliche Kräfte abgeschlossen.
Der starke Bezug der AGKV zum Ausbildungsbereich bleibt jedoch weiterhin bestehen. Dieser Bezug hat 2 Aspekte:

a) materieller Aspekt

Mitarbeiter: Die Arbeit wird weiterhin von Studenten als Praktikanten mitgetragen.
Finanzierung: Ein Teil der Finanzierung unserer Arbeit (wenn auch nur ein geringer) wird über Forschungsgelder von der FHS abgedeckt.
Es handelt sich hierbei um zweckgebundene Sachmittel für Forschung und Lehre. Der Fachbereich ist als mittelbewirtschaftende Stelle berechtigt, die Verteilung der ihm zugeteilten Mittel, mit Ausnahme festgelegter Mittel wie für die Bibliothek und für Fotokopien, vorzunehmen. Aus diesen Mitteln, die für Exkursionen, Veröffentlichung wissenschaftlicher Beiträge, Verbrauchsmaterial, Geräte usw. verwendet werden, können auch Projekte bezuschußt werden.
Bisher mußten Projekte, die Mittel beantragen wollten, einen Dozenten finden, der ihren Antrag unterzeichnete. Dadurch bestand eine starke Abhängigkeit der Projekte von den betreffenden Dozenten. Mit der Einführung eines Haushaltsausschusses am Fachbereich wurde dieses Verfahren geändert. Die Projekte stellen jetzt direkt beim Haushaltsausschuß ihre Anträge. Der Haushaltsausschuß überprüft, ob die antragstellenden Projekte im Sinne des vom Fachbereichsrat beschlossenen Kriterienkatalogs förderungswürdig sind. (Dazu später) Der Haushaltsausschuß ermittelt die Höhe des Betrages für alle Projekte anhand der dem Fachbereich zur Verfügung stehenden Gesamtmittel. Die Höhe der Mittel, die ein Projekt dann erhält, richtet sich nach der Anzahl der dort tätigen Studenten und nach der Komplexität der Arbeit.
In diesem Jahr haben 3 Projekte des Fachbereiches Anträge gestellt und sind mit insgesamt ca. 12 000 DM bezuschußt worden.
Die Möglichkeit der Einwerbung von Personalmitteln für Projekte am Fachbereich ist bisher noch nicht angegangen worden.

b) konzeptioneller Aspekt

Wir halten es für notwendig, einen sinnvollen Bezug zwischen Theorie und Praxis sowohl im Ausbildungs- als auch im Praxisbereich zu schaffen. Dazu ist es erforderlich, die im Praxisbereich gesammelten Erfahrungen, insbesondere mit alternativen Ansätzen in der Sozialarbeit/-pädagogik, an den Ausbildungsbereich zurückzutragen. D.h. u.a., daß wir uns bemühen müssen, Anleitungsfunktionen für werdende Sozialarbeiter wahrzunehmen, denn das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters wird wesentlich durch die in der Ausbildung vermittelten Inhalte mitbestimmt. Ebenso müssen neue Ansätze aus dem Ausbildungs-, hier insbesondere aus dem Projektbereich, in die Praxis eingebracht und institutionalisiert werden, um die Verkrustung der traditionellen Sozialarbeit aufzuweichen.
Die traditionelle Praxis ist aufgrund der ihr eigenen Strukturen und Mechanismen schwer in der Lage, sich selbst zu erneuern. Hier muß der Ausbildungsbereich als Bündnispartner gewonnen werden, um alternativen Ansätzen in der Sozialarbeit breitere Durchsetzungsmöglichkeiten zu verschaffen. In diesem Rahmen sind die Autonomiebestrebungen des Ausbildungsbereiches zu unterstützen. Ein stärkeres Verständnis des Ausbildungsbereiches als Impulsgeber und nicht wie bisher primär als technischer Zulieferungsbetrieb ist anzustreben (s.a. Böhnisch/Lösch: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination in gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 2/Luchterhand).

Über die üblichen Aktivitäten im Rahmen studentischer Politik hinaus findet der Bezug unserer Arbeit zum Ausbildungsbereich seinen Ausdruck in folgenden Aktivitäten:

- STUDENTENINFORMATION -

Am Fachbereich Sozialpädagogik werden die Erst- und Zweitsemester in Tutorengruppen zu jeweils ca. 12 Studenten aufgeteilt, die von einem dozentischen und mindestens einem studentischen Tutor betreut werden. Es handelt sich hierbei um eine Einführung in den Studienbetrieb, in grundsätzliche Probleme des Studiums und studentischer Politik. Wir haben bisher für 3 solcher Einführungen Tutoren gestellt und versucht, die Ansätze unserer Arbeit mit in die Diskussion zu bringen und einen Anstoß zur Erarbeitung einer Berufsperspektive zu geben. Die Einführung bietet eine gute Möglichkeit, Kontakte zu neuen Studenten aufzubauen, von denen einige im 4. Sem. Praktikanten bei uns werden sollen. Um Praktikanten zu gewinnen, sind wir bisher immer so vorgegangen, daß wir am Anfang des 3. Sem. gezielt Studenten angesprochen haben, die wir z.T. schon aus den Tutorengruppen oder aus der Zusammenarbeit am Fachbereich kannten. Ferner wurden am Fachbereich Projektvorstellungen veranstaltet, in denen wir Grundinformationen über unsere Arbeit vermittelt haben.
Für die 11 neuen Praktikanten, die im 3. Sem. bei uns eingestiegen sind, haben wir im 3. Sem. einen wöchentlich stattfindenden Einführungskurs angeboten, um eine intensivere Einarbeitung zu ermöglichen.

- GREMIENPOLITIK -

Seit einigen Semestern stellen wir mindestens ein Fachbereichsratsmitglied und ein Mitglied des Haushaltsausschusses.
Dies hat sich bisher insbesondere im Hinblick auf die Vertretung der materiellen Interessen der Projekte am Fachbereich als vorteilhaft erwiesen, da hier eine Möglichkeit besteht, an Informationen zu gelangen, die sonst schwer zugänglich sind.
Allerdings besteht auch schon seit 4 Semestern die Kontroverse bei uns, ob die Teilnahme am Fachbereichsrat sinnvoll ist, oder ob der FBR von Studenten boykottiert werden soll, bis eine paritätische Besetzung durchgesetzt ist.

- PROJEKTKOORDINATION -

Anfang 1974 haben wir eine Koordination der am Fachbereich Sozialpädagogik arbeitenden Projekte initiiert, die in unregelmäßigen Abständen zusammentrifft und an der jedes Projekt mit 1-2 Vertretern betei-

ligt ist. Diese Koordination soll ein geschlossenes Vorgehen der Projekte dem Fachbereich gegenüber ermöglichen.
Es wurden Vorschläge zum Ausbildungsplan erstellt, Projektvorstellungen durchgeführt, aktuelle Probleme diskutiert und Informationen ausgetauscht. Neueren Projekten wurde Hilfestellung beim Einstieg in die Arbeit gegeben. Für das nächste Jahr sollen die Haushaltsanträge genauer aufeinander abgestimmt werden. Einen breiten Raum der zukünftigen Diskussion wird der vom Fachbereichsrat verabschiedete Kriterienkatalog zur Anerkennung und Förderung von Projekten am Fachbereich einnehmen. Hierzu einige Anmerkungen:
Im März 75 legten die dozentischen Vertreter im FBR folgenden Antrag vor:

Der FBR möge beschließen:

1. *Projekte müssen grundsätzlich an Institutionen gebunden sein, bzw. von ihnen getragen werden.*
2. *Es muß eine definierbare Zielvorstellung für das Projekt vorliegen.*
3. *Projekte müssen zeitlich begrenzt sein. Ihre evtl. Fortführung muß von vornherein geplant und gesichert werden.*
4. *Für den Praktikanten muß in dem Projekt die ausreichende Möglichkeit bestehen, sozialpädagogische Handlungsvollzüge (also nicht nur theoretische Erkenntnisse, deskriptive Erfassung von Sachverhalten, statistische Erhebung und Auswertung von Sachverhalten etc.) zu erlernen und zu üben.*
5. *Projekte können nicht genehmigt werden, solange nicht die Bereitstellung der entsprechenden Dozenten, Lehrbeauftragten und Anleiter gesichert ist.*
6. *Forschungsprojekte sollten entsprechend den Kriterien des vom FHS-Senat eingesetzten Forschungsausschusses der Fachhochschule beantragt werden.*
7. *Die Verantwortung für ein Projekt ist vorher personell eindeutig zu klären.*
8. *Sind Projekte bei der FHS (also nicht bei einem anderen Träger) institutionalisiert, so trägt diese die Verantwortung für das Projekt (z.B. zeitlich begrenzte Forschungsvorhaben, ständige Modelleinrichtungen usw.).*
9. *Projekte sind über den entsprechenden Schwerpunkt und das Spezialprogramm unter Vorlage eines schriftlichen Projektplanes beim FBR zur Genehmigung zu beantragen.*
10. *Der Projektplan soll mehr enthalten als lediglich eine Idee für ein Projekt. Vielmehr solle er in detaillierten Ausführungen zu den unter 1.-8. aufgezeigten Fragen Stellung nehmen.*

i.A. (Dr. Hiese)

Die studentischen Vertreter beantragten die Vertagung auf eine der nächsten Sitzungen mit der Begründung, daß die Studenten als Betroffene des vorgelegten Kriterienkataloges bisher nicht informiert worden seien und daher keine Möglichkeit gehabt hätten, sich mit der Vorlage auseinanderzusetzen oder gar einen Alternativvorschlag einzubringen. Der Vertagungsantrag der Studenten wurde durch die dozentische Mehrheit im FBR niedergestimmt. In der anschließenden Diskussion über die dozentische Vorlage wurde der Kriterienkatalog Punkt für Punkt (mit Ausnahme von Punkt 4, dem zugestimmt wurde) von den

Studenten auseinandergepflückt. Als man nach 2 1/2 stündiger Diskussion erst bei Punkt 5 angelangt war, wurde von dozentischer Seite der Antrag auf Schluß der Debatte und sofortige Abstimmung gestellt, da die für die FBR-Sitzung zur Verfügung stehende Zeit ohnehin schon überschritten wäre und man auch noch nach Hause wolle; zudem sei diese ausführliche Diskussion nur ein taktischer Schritt der Studenten, um eine Vertagung der Abstimmung zu erzielen. Die Abstimmung müsse aber in dieser Sitzung erfolgen, damit der Katalog schon für die nächsten Praktikanten Anwendung finden könnte. Alle Dozenten, auch die mit dem Prädikat "fortschrittlich" behafteten, stimmten für diesen Antrag und anschließend für den Kriterienkatalog. Die Studenten verließen in ohnmächtigem Protest die Sitzung und stimmten nicht mehr mit.

Grundsätzlich halten wir die Erstellung von Richtlinien für die Anerkennung von Projekten an der FHS für richtig. Es hat sich gezeigt, daß sehr viele Studenten, die im 4. Sem. in die Praxis gehen müssen, zunächst einmal den Wunsch haben, etwas vollkommen Neues aufzubauen, so daß die Gefahr besteht, daß Projekte wie Pilze aus dem Boden schiessen und ebenso schnell wieder verschwinden, nämlich dann, wenn die Studenten ihre Ausbildung beendet haben. Wir meinen jedoch, daß Projekte nicht als Spielwiesen für - verständlicherweise - praxishungrige Studenten benutzt werden dürfen, in denen das "Klientel" lediglich Versuchskaninchen für die Ausbildung bleibt. Zu oft ist gerade von linken Studenten mit der vielbeschworenen Bevölkerung herumgedoktert worden, so daß die Leute die Schnauze voll haben von den "Spinnern, die episodisch auftauchen, die großen Initiativen vom Zaun brechen und wieder verschwinden, weil ihnen was Neues eingefallen ist." Es ist notwendig, in studentischen Projekten von Anfang an auf eine kontinuierliche Perspektive, d.h. auf eine Institutionalisierung hinzuarbeiten. Für Studenten, die ins Praktikum gehen, heißt das, daß erst einmal die bestehenden Ansätze gesichert, unterstützt und fortgeführt werden müssen und erst dann an neuen Initiativen gearbeitet werden kann. Hier ist der Sinn von Richtlinien für die Anerkennung von Projekten begründet.

Folgende Punkte sind jedoch zu bedenken:
- Für Studenten, die ein neues Vorhaben angehen wollen, ist die Erfüllung der beschlossenen Kriterien nur möglich, wenn sie sich außerhalb des Studiums mit der Erarbeitung eines solchen Vorhabens beschäftigen, da der derzeitige Studienplan und die Studienbedingungen dies innerhalb des Studiums nicht zulassen. Die Erarbeitung eines Projektplanes, bzw. die Einarbeitung in ein schon bestehendes Projekt, sollten jedoch Bestandteil des Studiums sein.
- Dozenten und Lehrbeauftragten ist es bei den vorherrschenden Stundenzahlen und schwierigen Arbeitsbedingungen kaum möglich, Projekte sinnvoll zu begleiten, zumal sie in den seltensten Fällen entsprechende Praxiserfahrung einbringen können. Anleiter aus der Praxis sind wegen Arbeitsüberlastung schwer zu finden, bzw. können wegen der vielzitierten "kritischen Finanzlage" nicht von der FHS eingestellt werden. Hier wäre eine Verbesserung der Arbeitsplatzsituation der Dozenten und die Bereitstellung entsprechender Mittel für die Einstellung von Praktikern als Lehrbeauftragte notwendig.
- Bei dem Anerkennungsverfahren für Projekte darf die Projektkoordination als kompetentes Gremium nicht übergangen werden.

- SEMINARARBEIT, STUDIENREFORM -

Wir bemühen uns ständig, durch praxisproblembezogene Beiträge die Seminararbeit zu verbessern. Referatsthemen werden von unseren Mitarbeitern im Hinblick auf ihre Relevanz für unsere Arbeit diskutiert und ausgewählt (z.B.: Möglichkeiten institutioneller sozialpädagogischer Arbeit unter Berücksichtigung der Rechtsform und der Organisationsstruktur, Institutionelle und finanzielle Absicherung von sozialpädagogischen Projekten, Beitrag zur Diskussion um die Studienordnung am Fachbereich). Besondere Problematik bei der Gestaltung des Berufspraktikums, Möglichkeiten der Finanzierung sozialpädagogischer Projekte aus Bezirksmitteln, Aufarbeitung der Erfahrungen eines Arbeitskreises bezogen auf Wohnproblematiken im Karolinenviertel. Wir haben mehrere Vorschläge zur Gestaltung des Ausbildungsplanes gemacht. Allerdings konnten bisher nur wenige Punkte aus diesen Vorschlägen realisiert werden.
An einem Alternativvorschlag zur Studienordnung für Sozialarbeiter/-pädagogen in Hamburg arbeiten wir noch.

1.7. Arbeitsbereich sozialpädagogische Handlungsvollzüge

In den folgenden zwei Abschnitten wird zuerst kritisch auf die Entwicklung von Arbeitsvollzügen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel eingegangen, die versucht, in ihrem Innenverhältnis gegenüber der öffentlichen Jugendhilfe demokratische Strukturen und Entscheidungsprozesse zu realisieren. Ergänzt wird dieser Teil durch einen Bericht über den Versuch, innerhalb der Arbeitsgemeinschaft eine Frauengruppe zu bilden. Im zweiten Abschnitt wird auf der Grundlage einer thesenartigen Kritik an der öffentlichen Jugendhilfe die Berührungspunkte zwischen öffentlicher Jugendhilfe und Arbeitsgemeinschaft aufgezeigt und an einem Beispiel näher erläutert.

1.7.1. Reflexion der Arbeits- und Entscheidungsstrukturen in der AGKV

Die Entscheidungen in der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel werden von den Mitarbeitern getroffen. Im ersten Arbeitsjahr setzte sich diese Mitarbeitergruppe nur aus Studenten des gleichen Semesters zusammen; im Zuge der Institutionalisierung erweiterte sich die Mitarbeitergruppe auf hauptamtliche Sozialarbeiter, Berufspraktikanten und Studenten. Ausgehend von der Konzeption des Projektes wurde eine Arbeitsform der breiten Entscheidungsebene und der Verhinderung von Hierarchiebildung angestrebt. Folgende Grundprinzipien sollten dabei beachtet werden:

- Kollektive Entscheidungsprozesse
  In den einmal wöchentlich stattfindenden Koordinationssitzungen, an denen alle Mitarbeiter teilnahmen, wurden bis Sept. 75 alle für das Innen- und Außenverhältnis wichtigen Entscheidungen getroffen. Als Tagesordnung wurde eine Arbeitsgliederung erstellt, die sich auf alle die Arbeitsgemeinschaft tangierenden Bereiche bezieht. Die Koordinationssitzungen dienten der Information und Organisation sowie der inhaltlichen Diskussion über aktuell zu lösende Probleme und Aktivitäten, "Mammutsitzungen", auf denen eine Fülle von Problemen und Aktivitäten auf breiter Ebene zugleich diskutiert wurden und vom Zeitaufwand für die Einzelnen heute nicht mehr für tragbar erachtet werden.
  Die 14tägig stattfindenden Konzeptionssitzungen sollten einer gemeinsamen Konzeptionsfindung dienen und damit zur Handlungsübereinstimmung in praktischen Bereichen. Da während der Koordinationssitzungen keine ausführlichen inhaltlichen Diskussionen über praktische Probleme geführt werden konnten, wurden hierfür oftmals auch noch die Konzeptionssitzungen benötigt, so daß während des letzten Jahres keine kontinuierliche Konzeptionsdiskussion geführt werden konnte. Das gemeinsame wöchentliche Methodik-Seminar und die wöchentlich stattfindende pädagogische Koordination beinhalteten die Bearbeitung der direkten pädagogischen Probleme wie Reaktion auf aggressives Verhalten, Rolle der Bezugspersonen, pädagogische Programme usw.

- Delegation von konkreten Aufgaben an Untergruppen bzw. Einzelpersonen
  Da es nicht möglich ist, daß einzelne Gespräche oder Aktivitäten, theoretische Aufarbeitungen bestimmter Bereiche oder auch praktische Probleme wie Materialbeschaffung oder Saubermachen von der ganzen Gruppe gleichzeitig wahrgenommen werden, werden diese Aufgaben in der Koordinationssitzung an Untergruppen oder Einzelne delegiert. Die Ergebnisse sollten je nach Wichtigkeit schriftlich oder mündlich in die Koordinationssitzung zurückfließen.

- Prinzip der wechselnden Verhandlungspartner
  Bei Kontakten oder Verhandlungen, die sich über einen längeren Zeitraum hinziehen, wird in der Koordinationssitzung ein Mitarbeiter bestimmt, der daran kontinuierlich teilnimmt, als weitere Teilnehmer wechseln sich interessierte Mitarbeiter ab. Bei allgemeinen Informationen wie z.B. ESG-Rats-Sitzungen oder Fachschaftsratssitzungen nehmen die Mitarbeiter abwechselnd teil.

Die Arbeitsform der breiten Entscheidungsebene sollte konkretisiert werden durch:
- wöchentliche Koordinationssitzungen
- die 14tägige Konzeptionsdiskussion
- gemeinsames wöchentliches Methodik-Seminar
- die wöchentlich stattfindende pädagogische Koordination

Obwohl damit in der Woche rund acht Stunden alle Mitarbeiter zusammensaßen, "koordinierten", "diskutierten", und "Entscheidungen fällten" kamen Zweifel auf:
- wie ist das mit der Vermittlung, kommen Informationen an oder müssen alle Erfahrungen selbst gemacht werden?
- wie ist das mit der Erkenntniserweiterung, z.B. Komplexität?
- ist der Arbeitsplan (Tagesordnung) ein Hilfsinstrument zur besseren Übersicht - ist er aufgebläht, muß er gestrafft und neu geordnet werden?
- kommt die Konzeptionsdiskussion zu kurz (fällt oft aus), am Abend sind die Leute abgeschlafft, 14-Tage Termine sind weniger effektiv?
- inwieweit können wirklich alle mitentscheiden oder läuft die Sache doch nur über einzelne Leute die, kraft Informationsvorsprung und Durchsetzungsvermögen weitgehend die Entscheidungen vorgeben.

Unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Mitarbeiter

Bezogen auf die Autoritätsproblematik dämmerte uns langsam die Einsicht, daß selbst als nur Studenten der Sozialpädagogik hier mitarbeiteten, die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich waren (Alter, Berufserfahrung, Persönlichkeitsstruktur, Rollenverhalten, Erkenntnisstand usw.) Damit bestand von vornherein eine hierarchische Struktur, die aber anfangs weitgehend ignoriert bzw. auf persönliche Schwierigkeiten zurückgeführt wurde. Die idealistische Mentalität des "wir sind alle gleich" produzierte die Erwartungshaltung, Dominanzen und Hierarchien gar nicht erst aufkommen zu lassen, anstatt realistisch auf der Grundlage einer Grobanalyse als Ist-Zustand die Hierarchien herauszuarbeiten, um sie mit Hilfe einer demokratischen Struktur abzubauen bzw. eine Verfestigung zu verhindern, um die Gesamtarbeit auf eine breitere Entscheidungsebene zu heben und damit eine höhere Qualität zu erreichen. Die fehlende Grobanalyse produzierte eine unrealistische Erwartungshaltung und brachte nicht aufgearbeitete Frustrationen. Es ist wichtig, nach bestimmten Zeiträumen zu überprüfen, ob sich bezogen auf die Dominanzen Veränderungen ergeben haben, mit welcher Intensität und in welcher Richtung.
Eine Einschätzung wird dadurch erschwert, daß Studenten, die in Projekten mitarbeiten wollen, eine hohe Erwartungshaltung bezogen auf persönliche Entfaltung und politische Dimension einbringen, die von der Alltagsrealität, der nervigen Kleinarbeit - manchmal auch Wurstelei - enttäuscht werden und daher ein zu negatives Urteil fällen, ohne als Vergleich die Arbeit bei anderen Trägern heranzuziehen bzw. heranziehen zu können. Andererseits muß in diesem Zusammenhang auch der nach außen getragene Anspruch der Projekte kritisiert werden, die sehr ausführlich über ihre theoretischen Konzeptionen und politischen Ansprüche informieren und weniger die praktischen Erfahrungen in den Vordergrund stellen.

Unterschiedliche materielle Situation 'von hauptamtlichen' Sozialpädagogen und Studenten

Die unterschiedliche materielle Situation von Studenten und Sozialpädagogen führt zu Informationsdefiziten, die Hierarchiebildung unterstützen können. Dies wurde schon im letzten Jahr bei einer Planstelle und vier Berufspraktikanten deutlich, das wird seit Oktober 75 noch klarer, da die vorige Studentengeneration schon stärker in die Arbeit integriert war. Ab Oktober 75 bestehen in der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel zwei Gruppen mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen:

- die drei Hauptamtlichen und die drei Berufspraktikanten, die schon seit über zwei Jahren einen engen Arbeitszusammenhang haben, hier hat sich auch das anfangs sehr starke Informations- und Entscheidungsgefälle fast ausgeglichen.
- die neuen Studenten, die Oktober 75 ihr Praktikum begonnen haben, vorher ca. 1o Einführungstermine absolvierten sowie vor und innerhalb der Ferien mit unterschiedlicher Intensität Praxiserfahrungen sammelten, wobei auch hier schon deutlich wird, daß in der Gruppe der Studenten ein starkes Informationsgefälle besteht.

Es ist notwendig, das Ausgangsverhältnis der beiden Gruppen zueinander und der Gruppen untereinander so genau wie möglich zu bestimmen,

um in Zukunft Entwicklungen genauer nachvollziehen zu können.
Zusätzlich zum unterschiedlichen Erfahrungshintergrund, der durch unterschiedlich lange Mitarbeit gegeben ist, kommt der unterschiedliche Zeitaufwand im Projekt, der von den einzelnen Gruppen geleistet werden kann (Hauptamtliche 40 Stunden, Berufspraktikanten 32 Stunden, Studenten 16 Stunden). Außerdem besteht die unterschiedliche Ferienregelung, die für Berufspraktikanten und Hauptamtliche ca. 4 Wochen im Jahr beträgt, die Studenten haben jedoch 4 Monate Semesterferien, in denen sie teilweise oder ganz ausfallen. Um eine Arbeit in derartigen Projekten auch über die Ferienzeit sicherzustellen, muß überlegt werden, ob die Studenten sich verpflichten müßten, ihre Ferienzeit auf 2 Monate zu beschränken.

Es wäre unrealistisch, davon auszugehen, daß unter diesen Voraussetzungen alle den gleichen Einblick in Probleme der Gesamtarbeit haben können. Darum sollten Schwerpunkte gesetzt werden. Der Arbeitsansatz der Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel bezieht sich auf drei Ebenen

- Karolinenviertel
- Fachhochschule - Ausbildungsstätte
- Sozialarbeiter - berufsspezifisch.

Aufgrund der materiellen Situation gibt es für die Studenten Informationsvorsprünge im Bereich der Ausbildung, für die Hauptamtlichen in den anderen zwei Bereichen. Beide Gruppen müssen ein Mindestmaß an Information sicherstellen, um Entscheidungen mitbeeinflussen zu können. Seit Oktober 75 ist für die Sozialpädagogen - Berufspraktikanten und für die Studenten ein Gruppentermin eingeplant, an dem sie ihre spezifischen Probleme bezogen auf die Fachhochschule und die Arbeitsgemeinschaft diskutieren können.

Problematik der Spezialisierung

Je umfangreicher ein Projekt wird, desto schwieriger wird es, alle Entscheidungen gemeinsam zu treffen, d.h. es wird Arbeitsgebiete geben, die nur von einzelnen bzw. Kleingruppen wahrgenommen werden (Z.B. Finanzierung, pädagogische Gruppen, Initiativen wie Mietberatung usw.) Es ist nicht möglich, hier alles im Detail gemeinsam abzustimmen. Damit alle Gruppen in den Kleingruppen repräsentiert sind, müssen diese Arbeitsgruppen immer von Studenten und Sozialpädagogen bzw. Berufspraktikanten gemeinsam besetzt werden. Durch diesen vertikalen Informationsfluß ist auch stärker die horizontale Information innerhalb einer Gruppe gewährleistet. Diese Gruppen müssen ihre Arbeitsergebnisse schriftlich zusammenfassen und in beiden Gruppen zur Entscheidung vorlegen.

Modifizierung der Arbeits- und Entscheidungsstruktur

Die Modifizierung bezieht sich auf eine Straffung des Informations- und Organisationsteiles bei einer Verstärkung der inhaltlichen Diskussion, die jetzt wöchentlich stattfinden soll. Die Koordination, die in der bisherigen Form von Informations- und Organisationsfragen bestimmt wurde, wird jetzt schwerpunktmäßig konzeptionellen Fragen dienen. Die konzeptionelle Abstimmung ist gerade durch die Erweiterung der Arbeit und der damit verbundenen Arbeitsteilung notwendiger geworden. Hier soll ein gemeinsamer Rahmen bestimmt werden, der weit-

gehende Handlungsübereinstimmung in der konkreten Situation sichert, wobei in den theoretischen Diskussionen der Gefahr entgegengewirkt werden muß, daß abstrakte Übereinstimmung und konkrete Handlungsebenen nicht zu stark voneinander gelöst diskutiert werden, da das zu relativ unüberwindbaren Widersprüchen in der Gesamtgruppe führen würde. Aus dieser Überlegung heraus sollten die Konzeptionsdiskussionen zur Festlegung eines gemeinsamen Rahmens in der Gesamtgruppe verstärkt werden, wobei methodisch berücksichtigt werden muß, daß nachvollziehbare Handlungen in die Diskussion einfließen.
Der Teil der Organisation und Information wird jetzt an zwei Terminen wahrgenommen, wobei in einer Mitarbeiterbesprechung die Hauptamtlichen und Berufspraktikanten einen Wochenplan aufstellen sowie spezielle Probleme innerhalb ihrer Gruppe diskutieren. Auf der nachfolgenden Studentengruppensitzung wird über die Wochenplanung informiert sowie von Seiten der Studenten Ergänzungen und neue Vorschläge eingebracht. Die Studenten haben hier die Möglichkeit, stärker als in einer Gesamtmitarbeiterbesprechung, wo Sozialpädagogen und Berufspraktikanten oftmals dominieren, die Diskussion zu bestimmen, dazu ist es möglich, auf spezielle Fragen intensiver einzugehen, um Informationsdefizite auszugleichen. Damit die Gruppen sich nicht voneinander isolieren, sowie eine Transparenz gesichert ist, nehmen an der Sitzung der Sozialpädagogen-Berufspraktikanten auch zwei Studenten teil und an der Sitzung der Studenten ein Sozialpädagoge und ein Berufspraktikant. Konflikte müssen auf Antrag einer Gruppe in der Konzeptionssitzung bzw. bei einem Sondertermin in der Gesamtgruppe besprochen werden.

Auch bei diesem Ansatz ist nicht gesichert, daß die Entscheidungen stärker von der Gesamtheit der Mitarbeiter vollzogen werden können. Dies muß ein Diskussionspunkt sein, der von Zeit zu Zeit problematisiert wird und eventuell wieder zu einer Neustrukturierung der Binnenstruktur des Projektes führen kann.

1.7.2. Problematik der Frauen im Projekt

Ausgehend von dem Bericht über Arbeits- und Entscheidungsstrukturen in der AGKV, in dem bereits Ursachen von Hierarchisierung und Dominanzen im allgemeinen aufgezeigt wurden, soll hier auf die Probleme der Emanzipationsbestrebungen eingegangen werden.

Anfang 1974 bestand die Mitarbeitergruppe in der Arbeitsgemeinschaft aus 10 Frauen und 7 Männern. Es konnte sehr deutlich nachvollzogen werden, daß wichtige Behördengespräche und Verhandlungen, theoretische Ausarbeitungen und Konzeptionsvorschläge, die längsten Redebeiträge usw. insbesondere von den männlichen Mitarbeitern ausgeführt wurden, währenddessen sich die Frauen auszeichneten durch besondere Fähigkeiten an der Schreibmaschine, praktische Gruppenvorbereitungen und Erledigung vieler Kleinarbeit. Die Erscheinungsformen der historisch gewachsenen und in unserer Gesellschaftsform verwurzelten Rollenteilung war in der Arbeitsgemeinschaft keineswegs extrem, sondern durchschnittlich und wurde deshalb auch kaum aktualisiert.
Im Mai 1974 beschlossen die Frauen, dieses Problem anzugehen und planten einen gemeinsamen 14tägigen Termin. Zielsetzung dieser Frauengruppe innerhalb des Projektes sollte es sein, alternative Arbeitsformen zu entwickeln, d.h. zunächst Diskussionsprozesse zu ermöglichen, die nach Form und Inhalt die Anteilnahme der Frauen ermöglichen als Voraussetzung einer gleichberechtigten Integration in die Gesamtarbeit.

Nachträglich kann festgestellt werden, daß dieses Problem verhältnismäßig naiv und ohne Einschätzung einer möglichen Reaktion der Männer angegangen wurde. Nachdem das "Gründungsprotokoll" vorlag, reagierten sie mit Unverständnis und Empörung. (Da sie vorher nicht informiert und gefragt wurden, ob sich die Frauen emanzipieren dürfen). Man sprach von bewußter Spaltung der Gruppe, zumal sowieso gerade (wie immer) so viele wichtige Probleme anstehen würden und gab den Frauen in der darauffolgenden gemeinsamen Sitzung lediglich Gelegenheit, ihren Schritt noch einmal zu erklären, ohne daß darüber diskutiert werden durfte, da man befürchtete, daß eine solche Diskussion über Stunden gehen würde und die anderen wichtigeren Tagesordnungspunkte nicht geschafft werden könnten. Dies wurde von den Frauen akzeptiert, da sie zunächst nicht noch mehr Unruhe in die Gruppe bringen wollten.

Die Idee und bewußte Einsicht von der Notwendigkeit einer Frauengruppe innerhalb des Projektes wurde nur von 4 Frauen getragen, die nach Beendigung dieses Experimentes auch in anderen Frauengruppen weiterarbeiten. Die 6 anderen Frauen machten mit, obwohl sie von der Notwendigkeit und einer eventuellen Effektivität nicht überzeugt waren. Sie führten ihre Probleme in Bezug auf Dominanzen und Rollenverhalten sowohl in ihrem Privatbereich als auch in der Arbeitsgemeinschaft auf individuelle Verhaltensweisen zurück. Erst durch die überraschende Reaktion der Männer entstand ein gemeinsam empfundenes Problem für alle Frauen und damit erstes solidarisches Handeln. Dieses Problem wurde zum Inhalt der nächsten Frauengruppensitzungen. Dann wurden erste Zielvorstellungen erarbeitet:

- Aufarbeitung der historischen Rolle der Frau vom Matriarchat zum Patriarchat.
- Gemeinsame Diskussionen über aktuelle Berichte über Formen der Auseinandersetzung mit diesem Problem.
- Erarbeitung einer pädagogischen Konzeption, in der für die einzelnen pädagogischen Gruppen insbesondere das Problem Rollenverhalten berücksichtigt und bearbeitet werden sollte.
- Gleichzeitig sollten die aktuellen Probleme einzelner Frauen in den gemischten Kleingruppen und in der Gesamtgruppe diskutiert werden.

Nachdem sich die Gemüter allmählich beruhigten und die Frauengruppe weitgehend toleriert wurde, konnte die Arbeit nur schwerfällig beginnen, da die Semesterferien anfingen und auch die Studentinnen Ferien machten. Während der Monate Juli bis einschließlich September fielen die meisten Sitzungen aus oder wurden nur in kleinem Kreis durchgeführt.
Innerhalb der Ferien bahnte sich ein Konflikt in der Gesamtgruppe an, der im Oktober zum Tragen kam und fast zur Fraktionierung der ganzen Gruppe geführt hätte. Dieser Konflikt entwickelte sich aufgrund von Dominanzproblemen, wobei die unterschiedlichen Einschätzungen und Lösungsmöglichkeiten auch in der Frauengruppe geteilt waren. Durch diese Erfahrungen war seit Semesterbeginn von einigen Frauen keine Bereitschaft mehr vorhanden, dieses Problem auch innerhalb der Frauen-

gruppe zu diskutieren, da sie in diesem Konflikt von der "anderen Fraktion" keine Unterstützung erhalten haben.

Bis Januar 75 wurden immer wieder Versuche unternommen, gemeinsame Sitzungen zu organisieren und auch allgemeine Themen zu diskutieren, bis sich die Frauengruppe schließlich in einer Abschlußsitzung, an der seit Sommer 1974 das erste Mal wieder alle Frauen beisammen saßen, auflöste.

Der Ansatz, eine Frauengruppe innerhalb eines Projektes zur Erarbeitung spezifischer Problemkreise und alternativer Arbeitsformen zu bilden, wird von einigen Frauen immer noch für optimal gehalten.
Die größte Schwierigkeit bereitete auch hier, wie im Gesamtprojekt, die unterschiedliche materielle Situation, die langen Ferien, die die Studenten in Anspruch nehmen und die zu langen Pausen und damit die unterschiedlichen Erfahrungen, die immer wieder aufgefangen werden müssen.
Trotzdem besteht von einigen Frauen der Wunsch, einen erneuten Versuch zu starten mit realistischeren Ausgangsbedingungen und unter Einbeziehung der gemachten Erfahrungen.

1.7.3. Öffentliche Jugendhilfe

Die Arbeit der AGKV soll Tendenzen unterstützen, die auf Veränderungen der öffentlichen Jugendhilfe gerichtet sind. Die Kritik an der öffentlichen Jugendhilfe bezieht sich auf die unzureichenden gesetzlichen Grundlagen bezüglich vorbeugender Maßnahmen, auf das Prinzip der Ordnungsverwaltung und auf die unzureichende materielle Ausstattung der Jugendhilfe. Für den Bereich der öffentlichen Jugendhilfe ergeben sich folgende Problemstellungen:

- Hierarchische Gliederung, klare Bestimmung der Über- und Unterordnung, darum keine Möglichkeit der Teamarbeit;
- Zersplitterung der sozialen Arbeit in verschiedene Fachbehörden;
- Trennung von Jugendförderung und Jugendfürsorge;
- Verhältnis der Verwaltung zur pädagogischen Arbeit;
- Fehlende Autonomie der Sozialpädagogen am Ort und das Prinzip der zentralen Entscheidung;
- Schwierigkeiten bei der Bestimmung von Methoden wie Einzelfall - hilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit;
- Das doppelte Mandat des Sozialarbeiters, das einerseits im Interesse der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen und andererseits im Interesse des Anstellungsträgers (Behörde) begründet liegt, daraus ergibt sich eine Identitätsproblematik für Sozialarbeiter (siehe dazu: Timm Kunstreich, Der institutionalisierte Konflikt, Verlag 2ooo GmbH).

<u>Auseinandersetzungen mit dem Amt für Jugend</u>

Über die Kritik an der öffentlichen Jugendhilfe hinaus konnte bisher kein Einfluß auf Veränderungen genommen werden. Die von der AGKV forcierte Auseinandersetzung mit dem Amt für Jugend erstreckte sich bisher vorwiegend auf die Akzeptierung und finanzielle Unterstützung des Arbeitsansatzes der AGKV durch das Amt für Jugend. Einhergehend mit der Anerkennung und direkten Förderung wurde vom Amt für Jugend versucht, stärker Einfluß auf die Konzeption und Arbeitsweise der AG KV zu nehmen. Dies wurde besonders deutlich, als das Amt für Jugend ab April 1974 vier Berufspraktikantenstellen für die AG KV zur Verfügung stellte, wobei das Amt für Jugend als Anstellungsträger fungierte. Dabei wurde versucht, der AG KV eine Struktur aufzusetzen, die im Widerspruch zur bisher praktizierten Arbeitsweise der Kollektiventscheidung stand und einen weitgehenden Eingriff bezüglich der Form und des Inhaltes der Arbeit dargestellt hätte. Es wurden vom Amt für Jugend zwei Einflußbereiche geschaffen:

1. Eine Lenkungsgruppe für die Dienst- und Fachaufsicht
2. Eine Arbeitsgruppe (Zusammensetzung siehe S.26) zur organisatorischen und pädagogischen Beratung des Modells.

Die Bildung einer Lenkungsgruppe stellte eine außergewöhnliche Regelung für das Amt für Jugend dar, die nicht der vertikalen Organisationsgliederung entsprach. Es war ein Versuch, die Zusammenarbeit von Jugendförderung und Jugendfürsorge zu dokumentieren und die darüber hinausgehenden Elemente des Arbeitsansatzes zu berücksichtigen. Ein Versuch, der ohne genaue Regelung der Kompetenzen beim guten Willen stecken bleiben mußte, da das Beharrungsvermögen einer auf Über- und Unterordnung und Einzelverantwortung organisierten Bürokratie sich einer noch so gutgemeinten Lenkungsgruppe bemächtigt. Die Lenkungsgruppe formulierte trotz Aufforderung keinen Aufgabenkatalog. Faktisch führte J 31 (Leiterin der Abteilung Jugendfürsorge) die Dienst- und Fachaufsicht, da J 31 gegenüber J 217.01 (Bezirksjugendreferent Abteilung Jugendförderung) auf einer höheren Rangstufe steht.
Merke: Je länger die Organisationsnummer desto geringer die Entscheidungskompetenz.

Die Berufspraktikanten und damit auch in gewissem Umfang die AG KV waren durch diese Angliederung an das Amt für Jugend in der Organisationslinie integriert. Die Bildung einer Lenkungsgruppe als organisatorischer Ausdruck eines neuen Ansatzes innerhalb des Amtes für Jugend war nichts mehr als eine Absichtserklärung ohne Konsequenz. Mit Schreiben vom 19. Juni 1974 macht J 31 den Berufspraktikanten unmißverständlich die Einflußmöglichkeiten der Lenkungsgruppe deutlich:
"Es ist nicht Aufgabe der Lenkungsgruppe, darüber zu befinden, in welcher Rolle und Funktion sich die AG KV versteht. <u>Sie sehen ihre Position aber falsch,</u> wenn sie annehmen, nur als <u>Mittler zwischen der Bevölkerung und den bestehenden Institutionen</u> tätig zu werden. Sie sind Bediensteter des Amtes für Jugend und da -mit Teil einer staatlichen Institution.
Das Amt für Jugend hat zwar, um die Weiterführung der Arbeit im Karolinenviertel zu ermöglichen und ihnen trotzdem die Durchführung ihres Praktikums zu sichern, in <u>ihrem Interesse im Rahmen seiner Aufgaben eine spezielle Tätigkeitsform auf sich genommen.</u> Die besondere Form der Tätigkeit kann aber nichts daran ändern, daß es sich nunmehr um Aufgaben einer Behörde handelt, die darum den für sie geltenden Regularien unterliegen. Dies war ihnen bei Beginn des Praktikums auch bekannt."
Der Einfluß des Amtes für Jugend machte sich zwar in der konkreten Arbeit wenig bemerkbar, die Kontroverse zeigte aber, daß einer noch stärkeren Einbindung in die Behördenstruktur entgegengewirkt werden mußte. Es wurde stärker als zuvor die Eigenständigkeit als freier

Träger hervorgehoben und angestrebt, daß der Einfluß des Amtes für Jugend nicht über den durch die Gewährung von Landesjugendplanmitteln gegebenen hinausgehen sollte. Das hatte am Ende des Berufspraktikums - März 75 - zur Folge, daß die Diskussion über die Ansiedlung der hauptamtlichen Stellen dahingehend von der AG KV entschieden wurde, daß die Anstellung beim Verein Jugendhilfe erfolgte und nicht beim Amt für Jugend.

Problematik der Einzelfallhilfe und der Listen

Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Berufspraktikums wird auf einen Konflikt eingegangen, der den Widerspruch deutlich machte, einerseits im Interesse der betroffenen Bevölkerung handeln zu wollen, andererseits sich nicht von den Sozialarbeitern am Ort zu isolieren.

Die Praktikanten erhielten am 1.4.74 den Plan zur Gestaltung des Berufspraktikums. Der von der AG KV vorgelegte Arbeitsplan wurde grundsätzlich akzeptiert. Er wurde aber um einige wesentliche Punkte ergänzt, die von der AG KV nicht akzeptiert wurden
- Nennung aller betreuten minderjährigen Besucher an das Bezirksjugendamt
- jeder Berufspraktikant muß drei Einzelfälle ganzheitlich übernehmen.

Dieser Komplex hatte für die AG KV zentrale Bedeutung, einerseits sollten die repressiven Erscheinungsformen (nach außen: die Betroffenen als Objekt, nach innen: Über- und Unterordnung) nicht unterstützt werden, andererseits wurde von der AG KV eine Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern am Ort (Fafü, Jufü, soziale Gruppenarbeit und Innendienst) angestrebt, jenen Sozialarbeitern, die Funktionträger dieser repressiven Elemente sind. Es mußte vermittelt werden, daß nicht die Sozialarbeiter reaktionär sind, sondern daß die von ihnen zu erfüllenden Positionen aufgrund der unzureichenden Gesetzesgrundlagen, der Verwaltungsstruktur, sowie der unzureichenden materiellen und personellen Ausstattung der Jugendhilfe kaum über die Verwaltung von Fällen hinausgehen kann.

Die AG KV stellte ihre Position im 1. Rundschreiben vom 22. April 1974 sowie im Protokoll der 2. Arbeitsgruppensitzung vom 15. Mai 74 dar. Hier eine Zusammenfassung:
- Eine Zusammenarbeit mit Familienfürsorge, Jugendfürsorge und sozialer Gruppenarbeit wird angestrebt;
- Überschneidungen in der Betreuung sollen durch Informationsaustausch vermieden werden, aber keine Listen;
- die AG KV versteht sich in ihrem Verhältnis zur Bevölkerung und zu den Institutionen als Berater und Mittler;
- Stellungnahmen auch schriftlich, sollten i.d.R. nur mit Zustimmung der jeweils Betroffenen abgegeben werden, aber keine Aktenführung.

Ergebnis

Bezogen auf die Einzelfallhilfe konnte ein Kompromiß erzielt werden. Der Verwaltungsanteil des Berufspraktikums konnte auch durch ein zweimonatiges Verwaltungspraktikum in den Abteilungen
- Bezirksjugendreferent Hamburg Mitte
- Bezirksjugendamt Hamburg Mitte
- Sozialamt Ortsdienststelle St. Pauli

abgeleistet werden. Dies sollte an vier Tagen in der Woche geschehen, wobei die Berufspraktikanten drei Tage forderten, damit an einem Tag die Arbeit in der AG KV (päd. Gruppen, Koordination) weitergeführt werden kann. Das Amt für Jugend akzeptierte, daß wir an zwei Nachmittagen schon ab 15.00 Uhr freigestellt werden, d.h. 2 Stunden Zugeständnis. Bezogen auf die Namenslisten erhielten die Berufspraktikanten (BP) von J 31 eine Weisung. Die BP konnten nur durchsetzen, daß sie diese Liste dem zuständigen Jugendfürsorger, mit dem vorrangig die Zusammenarbeit angestrebt wird, und nicht dem Innendienst, übergeben. Dies hatte nur demonstrativen Effekt (Aufwertung des Außendienstes), denn das Bezirksjugendamt kann die Listen ohne weiteres von der Jugendfürsorge abfordern.

Haltung der Sozialarbeiter am Ort - Familienfürsorge, Jugendfürsorge, soziale Gruppenarbeit, Gruppenleiter des Bezirksjugendamtes

Es wurde mit jeder Gruppe mindestens ein Gespräch geführt. Die Schwierigkeiten bestanden anfangs in der Vermittlung des Status der Berufspraktikanten, die zwar Angestellte des Amtes für Jugend sind, aber bei einem freien Träger arbeiten.
Ausgehend von ihrer Situation bedeutet für sie Zusammenarbeit und Entlastung Übernahme von Einzelfällen und erst später irgendwelche vorbeugende Maßnahmen. Es entstand der Eindruck, daß sich die AG KV die Rosinen aus dem Kuchen nimmt und den Sozialarbeitern den repressiven Teil überläßt. Diese Einschätzung wurde unterstützt durch die Argumentation des an sich fortschrittlichen Sozialarbeiters, der aber repressive Sozialarbeit leistet. Es wird zwar bedingt zugestimmt, führt aber in der konkreten Situation zu Identifikationsproblemen. Es ist kaum zu ertragen, nur Handlanger irgendwelcher Interessen zu sein, mindestens glaubt der einzelne Sozialarbeiter - genau wie die Berufspraktikanten der AG KV - irgendwie auch im Interesse der Betroffenen zu handeln. Unabhängig vom repressiven Charakter der Jugendhilfe muß auf die ihr innewohnende Widersprüchlichkeit hingewiesen werden, die dem Sozialarbeiter einen Handlungsspielraum (Ermessen) ermöglicht; das kann im konkreten Fall bedeuten, den Leidensdruck von Personen bzw. Familien helfen zu mindern, z.B. durch expansive Auslegung des BSHG.
Akzeptiert wurde dagegen, daß die AG KV in der Vergangenheit bei der angesprochenen Bevölkerung ein Erscheinungsbild hinterlassen hat, das im Widerspruch zur Wahrnehmung sogenannter öffentlicher Aufgaben stehen könnte. Dem Informationsaustausch zur Verhinderung von Doppelbetreuung wurde zugestimmt, die Bedenken gegen die Liste akzeptiert. Der Versuch neuer Arbeitsansätze in der Sozialarbeit wurde begrüßt, hob sich aber i.d.R. von der aktuellen Problematik des einzelnen Sozialarbeiters weit ab. Die Haltung zur Einzelfallhilfe fand aber dann eher Zustimmung, wenn auf die Rolle des freien Trägers der Jugendhilfe im Gegensatz zur öffentlichen Jugendhilfe mit ihren Pflichtaufgaben nach § 4 JWG hingewiesen wurde.
Die gegenüber dem Amt für Jugend generell und bezogen auf das Berufspraktikum im besonderen geübte Kritik wurde von der AG KV in drei Rundschreiben an das Amt für Jugend, in den Arbeitsgruppensitzungen sowie in Gesprächen mit Sozialarbeitern am Ort vorgetragen, wobei es nicht gelang, eine inhaltliche Diskussion zu entfalten. Auf der höheren Entscheidungsebene im Amt für Jugend machte sich Verdruß breit und für die Sozialarbeiter-Basis waren unsere Schriftstücke wenig

geeignet, die Fallzahlen zu reduzieren.
Durch diese Auseinandersetzung mit dem Amt für Jugend wurde die AG KV arbeitsmäßig zu stark belastet, so daß eine Intensivierung der Arbeit bezogen auf das Karolinenviertel kaum mehr möglich war. Dies wurde dadurch noch forciert, daß innerhalb der AG KV unterschiedliche Einschätzungen zu dieser Frage vorlagen und die Mitarbeitergruppe nicht in der Lage war, einen einheitlichen Standpunkt zu entwikkeln, was wiederum zur Schwächung der Handlungsfähigkeit führte. Nachträglich ist in Frage zu stellen, ob die Aktualisierung der Funktion von Einzelfallhilfe und damit der von Sozialarbeit überhaupt in dieser Grundsätzlichkeit richtig war oder ob es taktisch nicht sinnvoll gewesen wäre, dieser Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen und Lösungen vorzuschlagen, die sich auf eine Arbeitsentlastung beschränkt hätten. Hinsichtlich der Einzelfälle sind die Berufspraktikanten in der Realität manchmal sehr nah an die Aktenführung gestoßen. Es kann eben auch im Interesse des jeweils Betroffenen liegen, wenn der Bericht von demjenigen verfaßt wird, der persönlich bekannt ist und zu dem Vertrauen besteht.
Die AG KV mußte dabei feststellen, daß sie in der Beurteilung konkreter Fälle im Gegensatz z.B. zur FaFü zu Einschränkungen gelangte, die bei oberflächlicher Betrachtung als repressiv bezeichnet werden. In einigen Fällen, wo es um die Entziehung der elterlichen Gewalt geht, entweder bei Mißhandlung an Kleinkindern oder wenn Heranwachsende das Elternhaus verlassen wollen, neigen die Vertreter traditioneller Sozialarbeit stärker dazu, die Familie als Erziehungsinstitution zu erhalten und damit die Kinder in der Familie zu belassen. Die AG KV tendiert eher dazu, das Kinderrecht vor das Elternrecht zu stellen und als Konsequenz unter Anwendung des § 2666 BGB für die Entziehung der elterlichen Gewalt einzutreten. Dabei wurde festgestellt, daß der § 1666 zwar repressiv formuliert ist und ausgeführt wird, aber die einzige rechtliche Möglichkeit bietet, Kinder von ihren Eltern zu "befreien". Diese Trennung von der Familie wird wiederum entsprechend der Logik dieser Gesellschaft, die die Familie als wesentliche Ordnungs- und Sozialisationsinstitution ansieht, nicht gleichberechtigt propagiert und angeboten, sondern ist in ihren Ausformungen z.B. im Heimvollzug bezogen auf materielle Ausstattung und Verkehrsformen so stark auf Unterdrückung angelegt, daß kaum jemand auf die Idee kommt, dies als Alternative zur Familie anzubieten. Sozialpädagogische Arbeitsansätze sollten daher auch Wohngemeinschaften für Kinder und Jugendliche einbeziehen, die bessere Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb der Familie zulassen. Angestrebt werden sollten Wohngemeinschaften, die im Wohngebiet der Kinder und Jugendlichen liegen, um ihnen die gewohnte Kommunikationsebene nicht zu entziehen.

Einschätzung und Konsequenzen

Diese Auseinandersetzung, die zwar überdurchschnittlich viel Energie gekostet hat, führte aber dazu, daß gegenüber dem Amt für Jugend eine klare Position vertreten werden kann, die ihren Ausdruck in Konsequenzen für die Stellung des Berufspraktikums allgemein und für zukünftige Berufspraktikanten in der AG KV insbesondere gefunden hat. Die Ablehnung des Amtes für Jugend, weitere drei Berufspraktikanten ab Oktober 75 in der AG KV einzusetzen, wurde mit den Sparmaßnahmen sowie der nach Ansicht des Amtes für Jugend ausreichenden

Förderung durch Landesjugendplanmittel und der Gefahr der Präjudizierung bezogen auf zur Verfügungstellung von Berufspraktikantenplanstellen an freie Träger begründet. Nur informell wurde als Grund die Auseinandersetzung mit den vorherigen Berufspraktikanten genannt.

Ausgehend von der Konzeption der komplexen Behandlung verschiedener Arbeitsbereiche wie
- Stadtteil Karolinenviertel
- Ausbildungsstätte Fachhochschule
- Bereich Sozialpädagogische Handlungsvollzüge

müssen unterschiedliche Schwerpunkte festgelegt werden. In der jetzigen Phase bedeutet dies, daß die Entwicklung der Arbeit im Stadtteil Vorrang hat, um eine stärkere Einbeziehung von Teilen der Bevölkerung zu erreichen. Konflikte mit der öffentlichen Jugendhilfe sollten so weit wie möglich begrenzt werden. Erst wenn sich der Arbeitsansatz im Viertel verfestigt hat, ist eine personelle Initiative innerhalb der öffentlichen Jugendhilfe sinnvoll, evtl. mit der Absicht, eine Verbindung von Innen- und Außendienst sowie FaFü und JuFü zu erreichen. Sie würde dann Unterstützung finden von dem relativ autonomen, im Stadtteil verankerten Arbeitsansatz.
Grundsätzlich sollte bei einer von einem Projekt forcierten Auseinandersetzung mit dem Amt für Jugend berücksichtigt werden
- die Wirkung auf die Sozialarbeiter am Ort;
- welche Relevanz hat der Konflikt für die Bevölkerung, inwieweit ist er von ihr nachvollziehbar;
- welche Auswirkungen hat die Auseinandersetzung auf die Innenverhältnisse der Projekt-Gruppe und inwieweit werden dadurch andere Arbeitsgebiete vernachlässigt.

1.8. Reflexion und Kontrolle der Arbeit

Reflexion als Gegenüberstellung von Zielsetzung und konkreter Erfahrung wird als Kontroll- und Regelprozeß verstanden, der die Weiterentwicklung der Arbeit mit korrigierten und besser aufeinander abgestimmten Zielprojektionen und Arbeitsschritten zuläßt und damit eine neue Qualität bestimmt. Wie wird nun diese Gegenüberstellung durchgeführt und wie gestaltet sich der Kontroll- und Regelprozeß? Wie können wir feststellen, ob die einzelne Maßnahme unseren Zielvorstellungen entspricht, oder ob sie davon abweicht? Liegt der Fehler in der Zieldefinition oder in der Durchführung? Wie sind Teilziele, sowie kurz-, mittel- und langfristige Ziele zu formulieren? Anfang 1973,als die Praxis im Karolinenviertel gerade anlief und die AG KV sich nur aus Studenten zusammensetzte, wurden Ansätze eines Kontrollverfahrens entwickelt, die aber später in wichtigen Bereichen steckenblieben.

Ausgangspunkt der Überlegung war der Versuch, die sogenannte "praxisnahe Forschung",die nichtdefinierter Bestandteil des Studiums war, zu bestimmen und praktisch umzusetzen.
Nach einer Kritik der bisherigen Forschungsmethoden der Sozial- und Erziehungswissenschaften insbesondere hinsichtlich des Subjekt-Objekt-Verhältnisses zwischen "Forschern" und "Ausgeforschten" wurde der

Ansatz der Handlungsforschung als Methode der Erkenntnisfindung für sinnvoll gehalten. Handlungsforschung als Ausdruck praxisnaher Forschung bedeutet Parteilichkeit mit denjenigen, deren Lebensbedingungen verändert werden sollen, bedeutet Veränderung der eigenen Bedingungen und muß in einen gemeinsamen Prozeß der Kooperation und Organisation übergehen.
Diese allgemeinen Vorstellungen wurden auf kybernetische Modelle (Regelkreis, Rahmenmatrix und Gruppenmatrix) übertragen. Damit sollten das komplexe Bezugssystem bei Beibehaltung der Gesamtübersicht in Einzelbereiche gegliedert und deren Ergebnisse wieder zusammengefaßt werden.
Ziel war es,qualitative Aussagen z.B. über Verhaltensweisen zu quantifizieren und damit meßbar zu machen.
Aufgrund der zunehmenden Arbeitsbelastung blieb dieser Versuch Anfang 1974 stecken. Das ganze war zu kompliziert, noch nicht ausgereift und konnte kaum vermittelt werden.

Wie gestaltet sich nun Reflexion und Kontrolle unter den vorhandenen Bedingungen

Reflexion und Kontrolle finden ihren Ausdruck in Protokollen und in Mitarbeiterbesprechungen, die in kleinen Arbeitsgruppen (zu zweit bzw. zu dritt) z.B. päd. Vor- und Nachbereitung und in der Gesamtgruppe (Konzeptionskoordination) durchgeführt werden.
Die Problematik der Protokolle ist deren Auswertung. Die Protokollschemata für die päd. Gruppen waren anfangs zwar sehr differenziert, aber kaum auswertbar. Sie wurden daher immer mehr vereinfacht. Als wesentlich wurde erachtet: wer war da, welches Angebot wurde geplant, und wie war die Durchführung, welche Konflikte entstanden? Protokolle sollten nicht länger als eine Seite, sowie kurz und prägnant abgefaßt sein. Auf "Geschichten" muß verzichtet werden.

Die Protokolle dienen
- zur Reflexion der Gruppenarbeit über einen längeren Zeitraum; vorwiegend hinsichtlich der Kontinuität der Besucher, der Programmgestaltung und -wahrnehmung, der Lernschritte, der Integration und Nicht-Integration, der Dominanzen einzelner;
- zur Information anderer Mitarbeiter, die nicht in der Gruppe sind;
- als Diskussionsanregung für Gruppennachmittage.

Jede Gruppe wird, auf der Grundlage eines zusammenfassenden Protokolls, alle sechs Wochen in der Gesamtgruppe besprochen, um die Gesamtübersicht sicherzustellen.

In den Mitarbeiterbesprechungen wird versucht, unterschiedliche Positionen auszudiskutieren. Diese beziehen sich insbesondere auf
- die Mobilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern zur Interessenwahrnehmung,
- Konflikte mit den Behörden,
- das Informationsgefälle zwischen Sozialpädagogen und Berufspraktikanten gegenüber dem Studenten.

Gegensätzliche Positionen werden so klar wie möglich herausgestellt, um danach gangbare Kompromisse zu erarbeiten. Aufgrund der begrenzten Zeit oder weil keine Einigung absehbar war, wurden bestimmte Konflikte ungelöst vor sich hergeschoben. Solche ungeklärten Fragen belasteten die Zusammenarbeit und beeinträchtigten die Arbeitsintensität.

Hier sind Konfliktlösungen anzustreben, die zeitlich begrenzt, deutliche, von der Mehrheit getragene Kompromisse hervorbringen, bzw. - bei Unvereinbarkeit der Standpunkte - rechtzeitig zu einer Trennung führen.

Um den Diskussionsprozeß zu entemotionalisieren, ist es notwendig, die Standpunkte mit objektivierendem Material zu untermauern. Im Zuge einer Auseinandersetzung über die zu hohe Arbeitsbelastung im Projekt und darüber, welches Verhältnis zwischen Verwaltungsarbeit und konkreter sozialpädagogischer Arbeit vertretbar ist, wurde sich nach vielen ineffektiven Gesprächsrunden darauf geeinigt, daß jeder Mitarbeiter ab August 75 einen wöchentlichen Arbeitsplan erstellt, aus dem der zeitliche Aufwand für die jeweiligen Arbeitsbereiche relativ und absolut ersichtlich wird. Damit können Ungleichgewichtigkeiten erkannt und besser begründete Veränderungen als bisher vorgenommen werden. Eine erste Auswertung wird Ende des Jahres möglich sein.

Pädagogisches Angebot und Verhaltensänderung

Bei der Einschätzung, was die eine oder andere Maßnahme bringt, sind wir auf mehr oder weniger genaue Vermutungen angewiesen. Bei den pädagogischen Gruppen stellt sich die Frage, was bringt ein Nachmittag in der Woche, inwieweit wird z.B. durch Bastelangebote Solidarität eingeübt. Ausgangspunkt bei solchen Überlegungen ist, daß dauernde Umwelteinflüsse das Verhalten prägen. Die Intensität eines alternativen Einflusses hängt deshalb von seiner Regelmäßigkeit über mehrere Jahre und seiner zeitlichen Erweiterung ab; z.B. auf die zentralen Sozialisationsinstanzen Familie und Schule. So gesehen wirken pädagogische Angebote nicht nach einem technokratischen Input-Output-Verhältnis, sondern gehen nur langfristig in die verbreiterte Erfahrungsstruktur der heutigen Kinder und Jugendlichen ein.

Voraussetzung ist, daß Kinder und Jugendliche Spaß daran haben, zu kommen und daß deren Eltern es ihnen erlauben. Diese materielle Grundlage sagt aber noch nichts über Verhaltensänderungen aus, diese bewegen sich gemessen an der Zielvorstellung noch auf einer Anfangsstufe, z.B. daß Jungen und Mädchen gemeinsam Kochen und Abwaschen, daß nicht immer der Stärkste dem Schwächsten eine auf die Birne haut, daß Konflikte ansatzweise verbalisiert werden.

Das Anspruchsniveau gerade gegenüber Jugendlichen: die sollen gleich alles in die Hand nehmen, sollen über Jugendarbeitslosigkeit und die Unterdrückung der Völker der dritten Welt reden, ist falsch, da die dafür notwendigen Vermittlungsschritte fehlen. Sie hören zunächst eben lieber Musik, daddeln rum, weil sie von der Arbeit müde sind oder sind zwar von Arbeitslosigkeit betroffen, haben aber die Nase voll, immer darüber zu reden. Wir schreiben also Protokolle und legen sie den Gruppen vor. Hier werden auch Konflikte angesprochen. Dabei entstehen engagierte Diskussionen. Erfahrung ist, daß keine Lust besteht, regelmäßig zu einer Diskussion zu kommen, daß sie aber zu zweit und in Kleingruppen miteinander quatschen und daß es hier wichtig ist, sogenannte Einzelschicksale, wie z.B. eine Schwangerschaftsunterbrechung, mindestens in der Gruppe öffentlich zu machen und aufzuzeigen, daß es sich hier um allgemeine gesellschaftliche Probleme handelt.

Es ist zwar halbwegs möglich, Interaktionen in der Gruppe festzustellen, schwieriger wird es, Verhaltensänderungen im gesamten Sozialisationsgefüge von Einzelnen und Gruppen zu bestimmen.
Auch bei folgender positiver Tendenz sind die Erfahrungen nur bedingt zu verallgemeinern. Hier gelang es über den regelmäßigen Kontakten zu den Kindern und Eltern, der sich durch das pädagogische Angebot entwickelt hat, eine Vertrauensbasis zu schaffen, die es den Mietern im vorher genannten Beispiel ermöglichte, sich an uns zu wenden und unsere Unterstützung (Räume und Rechtsberatung) in Anspruch zu nehmen. Auch nach den ersten Befriedungsversuchen des Vermieters entwickelte sich die Aktion weiter. Sie ist damit Ausdruck einer kollektiven Interessenwahrnehmung, wobei gerade der Einstellung - "wenn wir viele sind, ist es ja ganz schön, aber alleine geht's leichter" - durch positive Erfahrung entgegengewirkt werden konnte. Es gilt, die an diesem Problem aufgebrochene Isolation zusätzlich durch Impulse zu einer gemeinsamen Freizeitgestaltung weiter zu stabilisieren.

Neben der Schwierigkeit, Verhaltensänderungen von Kindern und Jugendlichen festzumachen, stellt sich für uns das Problem der Einbeziehung von Eltern in den Planungs- und Entscheidungsprozeß. Uns ist nicht klar, wie Arbeiterfamilien, denen Autorität und Hierarchie, sei es in Familie, im Betrieb oder in der Partei was gilt, der emanzipative Strukturansatz der AG KV zu vermitteln ist. Erst vor kurzem traten wir mit einer Initiative in Kontakt, die den bezeichnenden Namen Kinderglück führte, und weitgehend nur von Arbeitereltern getragen wurde und klassische Verkehrsformen insbesondere im Verhältnis vom Vorsitzenden zu seinen Mitgliedern entwickelt hat. Auf die Frage nach dem Vorsitzenden der AG KV erfolgte eine längere Erklärung über den fehlenden Vorsitzenden und daraufhin die lakonische Feststellung: "ah ja, ihr seid noch kein Verein."

Aufgrund der Einschätzung, daß zwischen der Struktur der AG KV und dem Erkenntnisstand der Bevölkerung auf diesem Gebiet ein starker Unterschied besteht, wird die Einbeziehung als langfristiger Prozeß verstanden, der über Initiativen und einen Elternkreis, der vorerst vorwiegend Freizeitbedürfnisse abdeckt, gefördert werden kann. Hinsichtlich der Verbesserung des Kontrollmechanismus wird versucht, die anfangs angedeuteten Ansätze wieder aufzugreifen und auf die jetzige Arbeitssituation zu übertragen.

★

STELLENANGEBOTE/STELLENGESUCHE/KONTAKTE

- Sozialpädagogin, die noch 1/2 Jahr im Anerkennungsjahr arbeiten muß, sucht eine auch über das Anerkennungsjahr hinausgehende Tätigkeit in der gewerkschaftlichen o. bildungspolitischen Jugendarbeit. Erfahrungen vorhanden. B. Spieß, 354 Korbach, Tempel 10
- Sozialpädagoge sucht zum 1.3.1976 Zivildienst-Stelle auf einem Abenteuerspielplatz, möglichst in NRW. Praktische Erfahrungen vorhanden, später Berufspraktikum möglich. Ferdi Stöppel, 4831 Langenberg Brede 18
- Sozialarbeiter/-pädagogen - Wir suchen Kontakt zu Leuten im Raum Hannover, die sich aktiv mit ihrem Berufsfeld auseinandersetzen. Kontakt: Ingrid Fröhlich, 3 Hannover, Stolzestr. 55, Tel.0551/815840
- Sozialarbeiterin auch zum Frühjahr 1976 Stelle als Jahrespraktikantin im Raum Dortmund, Bochum oder Umgebung. Monika Nieswand, 46 Dortmund-Dorstfeld, Sengstbank 29, Tel.:0231/171317
- Student der Sozialarbeit (3 Sem.) sucht zur Ableistung des Hauptpraktikums (GWA) für drei Monate eine Stelle ab Januar 1976. Anfragen unter Chiffre 11/21 an das Sozialistische Büro
- Suche Zivildienstplatz in der Jugendarbeit, ab Januar 1976; Hinweise an Michael R. Burger, 74 Tübingen, Fichtenweg 7/1413
- Zwei weibliche Diplom-Pädagogen suchen zum Frühjahr 1976 gemeinsamen Arbeitsplatz im Bereich Jugendhilfe/Jugendarbeit (auch Heim). Wir wünschen uns Integration in ein arbeitsfähiges, aufgeschlossenes Team, möglichst Großstadtnähe. Zuschriften an: K.Quastenberg, 44 Münster, Postfach 6541
- Sozialpädagoge sucht für Anfang 1976 zur Ableistung seines Beruspraktikums eine Stelle im Großraum Bonn/Köln; Angebote unter Cheffre 11/24 an das Sozialistische Büro
- Ich (20) will in einer Kindertagesstätte o.ä. arbeiten, habe 1 Jahr Erfahrung in einem Kinderheim; Zuschriften an: Martha Theisen, 550 Eisenach/Bitburg, Irreler Str. 13
- Für ein geplantes Jugendzentrum Kontakte mit Sozialarbeitern in Ostwestfalen/Lippe gesucht. Kontakte über Info Sozialarbeit
- Ev. Gemeinde Düren sucht Sozialarbeiter(in) für zwei Obdachlosenfamilien; Team von 4 Mitarbeitern, Supervision, BAT; Bewerbungen an: Ev. Gemeindeamt, 516 Düren, Philippstr. 4
- Dipl.Psychologin mit therapeutischen Kenntnissen sucht Stelle im Rhein-Main-Gebiet, vorzugsweise in einem emanzipatorischen Projekt. Kontakte über Chiffre 10/23
- Betreuer eines Abenteuerspielplatzes in ungekündigter Stellung (Sozialarbeiter) will seine langjährigen Erfahrungen in entwicklungsfähiges Projekt einbringen. Angebote an AKSp - Büro Berlin -, 1 Berlin 31, Kaubstr. 10
- Wir brauchen dringend eine(n) Sozialarbeiterpraktikanten(in) für unser selbstverwaltetes Jugendhaus, möglichst mit Praxiserfahrung. Interessenten melden sich im Jugendhaus Dudenhofen, 6051 Dudenhofen, Fr.-v.-Stein-Str. 8, Tel. 06106/2910
- Gesucht werden zwei Sozialpädagogen für den Aufbau eines Jugendwohnkollektivs für strafentlassene Jugendliche; weiterhin bitten wir um Zusendung von Informationsmaterial, Erfahrungsberichte und Konzepte, Ulrich Gärtner, 45 Osnabrück, Nordalbingerweg 4, Tel.: 78478
- Wir geben die Zeitung "Gießener Lehrlingsblatt" heraus und suchen Material und Kontakt von/zu anderen Zeitungen und Lehrlingsgruppen. Jürgen Derenek, 68 Gießen, Wiesecker Weg 41

- Suche Kontakt/Erfahrungsaustausch mit Leuten, die im Bereich Gemeindepsychiatrie theoretisch oder praktisch arbeiten. Elisabeth Lins, 775 Konstanz, Taborweg 23
- 2 Diplom-Psychologinnen, Diplom-Sozialpädagogin (Jugendarbeit) und Mediziner suchen Tätigkeitsbereich, gemeinsam, bzw. in gleicher Stadt. Gemeinsame Erfahrung in fortschrittlicher Beratung, Kinder-, Jugend- u. Gruppenarbeit (auch Einzelstellenagebote erwünscht). Zuschriften an Info Sozialarbeit
- AWO-Arbeitskreis sucht noch Leute, die Interesse an einer Arbeit in einer Obdachlosensiedlung haben. Willi Lemmert, 43 Essen 12, Altenessener Str. 277
- Sozialpädagoge sucht zum 1.6.1976 Zivildienststelle im pädagogischen Bereich (Kinderladen, Gemeinwesenarbeit, Jugendarbeit, politische Bildung u.ä.) Ort sekundär (evtl. Raum Münster) Adresse: Jürgen Siebers, 34 Göttingen, Schillerstr. 66
- Berufspraktikantin (Sozialarbeit) sucht für das 2. Halbjahr ab 1.4.76 eine Praktikumsstelle in einem GEW-Projekt o.ä. Felicitas Rotzinger, 61 Darmstadt, Bismarckstr. 105
- Suche Stelle im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (Jugendzentrum, Kindergruppe, Kita, o.ä.) im Raum Frankfurt-Kassel ab Januar 1976 oder später. Irmela Fischer, 355 Marburg, Wilhelmstr. 29
- Krankengymnastin sucht zum Frühjahr 1976 Stelle im Bereich Sozialtherapie/Psychiatrie (Therapiezentrum, Gesundheitszentrum, usw.) Marita Wagner, 44 Münster, Marktallee 91
- Suche Gruppe, in der sich Heimjugendliche zusammengetan haben, oder andere Lehrlingsgruppe im Raum Siegburg/Bonn. Wer kennt Zeitungen, die Informationen für Heimjugendliche enthalten (Erfahrungen aus anderen Heimen, Kontaktmöglichkeiten etc.)? Zuschriften an: Anette Jostmeier, 5202 Hennef 1/Happerschoß, Anno-Platz

---

Inhaltsverzeichnis zum Info Sozialarbeit, Heft 12
"Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit" -Teil II-

2. Kinderhaus in der Schokoladenfabrik e.V.
2.1. Bericht des Kinderhauses
2.2. Satzung und Geschäftsordnung des Kinderhauses

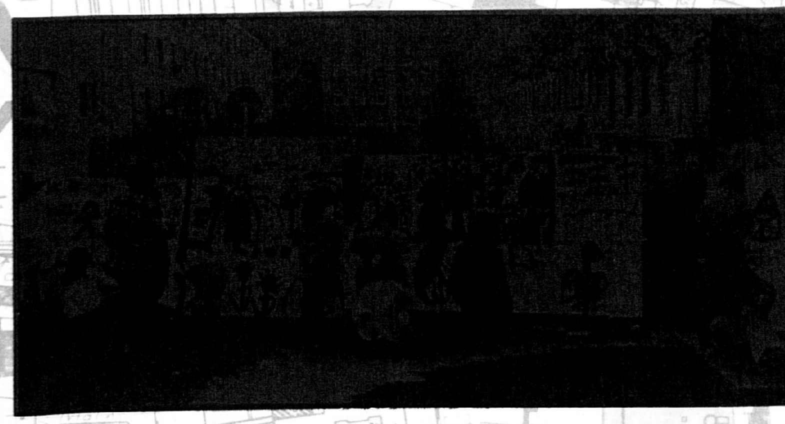
III - FORMEN DER TRÄGERSCHAFT

1. Öffentliche Träger
1.1. Modelle - lokales Engagement öffentlicher Träger und die Versuche einer Neustrukturierung sozialer Dienste
1.2. Jugend- und Sozialbehörden
1.3. Der Staat - die öffentliche Gewalt

2. "Freie Träger"
2.1. Rechtsformen "freier Träger"
2.2. Der Prozeß der Institutionalisierung am Beispiel der Jugendzentrumsbewegung

3. Schlußfolgerungen

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Schwerpunktthema: INSTITUTIONELLE PROBLEME STADTTEILBEZOGENER SOZIALARBEIT - Zweiter Teil -

12
Offenbach im Februar 1976
Einfachnummer - Preis DM 4,--